



## BENUTZERHINWEIS

Diese Broschüre enthält Informationen für Sie als Steuerbürgerin und als Steuerbürger. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und hat keine rechtliche Verbindlichkeit. Auch kann aufgrund eines redaktionell bedingten Vorlaufes nur eine begrenzte Aktualität gewährleistet werden. Die Druckschrift darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

.....

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Presse- und Informationsreferat, Jägerhofstraße 6,  
40479 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 49 72-23 25,  
Fax: (02 11) 49 72-23 00, eMail: [Presse@fm.nrw.de](mailto:Presse@fm.nrw.de),  
Internet: <http://www.fm.nrw.de>  
Broschürenbestellungen: Tel.: (01803) 100 110

REDAKTION: Hartmut Müller-Gerbes (verantwortl.) und Florian Torka  
in Zusammenarbeit mit der Steuerabteilung

GESTALTUNG UND SATZ: satz & grafik Jürgen Krüger, Kleinschmitthauser Weg 40,  
40468 Düsseldorf

DRUCK:

Stand 1. September 2002

# Inhalt



**4**      **Steuertipps für  
alle Steuerzahler**



**18**     **Steuertipps für  
Arbeitnehmer**



**30**     **Steuertipps für  
Arbeitsuchende**



**34**     **Steuertipps für  
Schüler und Studenten**



**46**     **Steuertipps für  
Eltern**





## Steuertipps für alle Steuerzahler

Bestimmte Kosten der privaten Lebensführung können als Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen abgezogen werden. Diese Steuervergünstigungen betreffen alle Steuerzahler, unabhängig davon, aus welchen Einkunftsarten sie Einkünfte erzielen: ob als Arbeitnehmer, als Unternehmer oder Selbstständiger, als Rentner oder als Landwirt, als Vermieter, aus Kapitalvermögen oder aus Spekulationsgeschäften.

# SONDERAUSGABEN

Ausgaben, die nicht in direktem Zusammenhang mit den Einkünften stehen (z. B. für Miete, Lebensunterhalt, Kleidung, Freizeit usw.), sind Lebenshaltungskosten, die steuerlich grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Einzelne dieser Aufwendungen, die der Staat besonders fördern will (z. B. bestimmte Ausgaben für Ihre Versorgung und Absicherung), können Sie jedoch im Rahmen von Höchstbeträgen als Sonderausgaben absetzen.

## Vorsorgeaufwendungen

Ausgaben für seine Altersvorsorge kann ein Arbeitnehmer bis zu bestimmten Höchstbeträgen, die vom Familienstand abhängig sind, absetzen. Die gezahlten Beiträge sind um die im jeweiligen Jahr erhaltenen Beitragsrückvergütungen zu kürzen. Liegen die von Ihnen geltend gemachten Vorsorgeaufwendungen unterhalb der Vorsorgepauschale, setzt das Finanzamt automatisch diese für Sie an. Entsprechendes gilt, wenn Sie überhaupt keine Angaben zu Vorsorgeaufwendungen gemacht haben.

Die Vorsorgeaufwendungen umfassen im Einzelnen:

- ✗ Arbeitnehmeranteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung). Diesen Betrag können Sie der Lohnsteuerkarte bzw. der Jahres-Lohnbescheinigung entnehmen;
- ✗ freiwillige Beiträge zur Angestelltenversicherung,
- ✗ freiwillige Beiträge zur Arbeiter-Rentenversicherung,
- ✗ freiwillige Beiträge zur Knappschaftsversicherung,
- ✗ Beiträge zu Höher- oder Zusatzversicherungen,
- ✗ Beiträge zu einer zusätzlichen freiwilligen Pflegeversicherung,
- ✗ Krankenkassenbeiträge einschließlich Beiträge zu Zusatzversicherungen (Tagegeld, Krankheitsrisiken bei Auslandsaufenthalt usw.)



Beiträge zu

- ✗ Unfallversicherungen, Auto-Insassenversicherungen,
- ✗ Privat-Haftpflichtversicherungen,
- ✗ Auto-Haftpflichtversicherungen,
- ✗ Lebensversicherungen,
- ✗ Sterbekassen, Sterbegeldversicherungen,
- ✗ Witwen- und Waisen-Fürsorgekassen,
- ✗ Versorgungs- und Pensionskassen,
- ✗ Aussteuerversicherungen,
- ✗ Ausbildungsversicherungen.

Nicht absetzen können Sie Beiträge zur Rechtsschutz-, Kasko-, Hausrat-, Reiserücktritt- oder zu anderen Sachversicherungen. Bausparkassenbeiträge sind ebenfalls nicht als Sonderausgaben abziehbar. Bitte prüfen Sie, ob für diese Beiträge eine Wohnungsbauprämie in Betracht kommt.

Für alle übrigen Sonderausgaben erhalten Sie vom Finanzamt einen Pauschbetrag von 36 Euro (bei Zusammenveranlagung und für Verwitwete mit Steuerklasse III: 72 Euro). Sollten Sie höhere Aufwendungen haben, werden diese berücksichtigt, wenn Sie sie einzeln nachweisen. Hierbei können Sie geltend machen:

## **Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten**

Berücksichtigt werden bis zu 13 805 Euro jährlich. Sie benötigen dazu allerdings die Zustimmung des Empfängers, weil er diese Zahlungen dann versteuern muss. Diese Zustimmung ist grundsätzlich bis zum Widerruf wirksam. Verwenden Sie bitte für Ihren Antrag auf Abzug von Unterhaltsleistungen als Sonderausgaben den beim Finanzamt erhältlichen Vordruck Anlage U, der weitere Erläuterungen enthält.

## **Rentenzahlungen und dauernde Lasten**

Wenn Sie aufgrund einer besonderen Verpflichtung Rentenzahlungen oder dauernde Lasten geleistet haben, können diese unter bestimmten Voraussetzungen als Sonderausgaben berücksichtigt werden. Hierzu gehö-

ren insbesondere Versorgungsleistungen (Altenteilsleistungen), die in Vermögensübergabeverträgen im Rahmen einer vorweggenommenen Erbfolge zugesagt worden sind. Reine Unterhaltsleistungen sind dagegen nicht abziehbar.

## Kirchensteuer und Kirchgeld

Kirchensteuer können Sie in der im Kalenderjahr tatsächlich entrichteten Höhe als Sonderausgaben geltend machen. Davon müssen Sie jedoch etwaige in dem Kalenderjahr erstattete oder gutgeschriebene Beträge abziehen.

In einigen Bundesländern haben die steuererhebenden Kirchen die Möglichkeit, ein so genanntes besonderes Kirchgeld zu erheben.

Das besondere Kirchgeld kann bei zusammen zur Einkommensteuer veranlagten Ehepaaren erhoben werden, wenn

1. der verdienende Ehepartner nicht Mitglied einer der genannten Religionsgemeinschaften ist und
2. der nicht oder wenig(er) verdienende Ehepartner Mitglied ist, aber keine oder nur eine geringe Kirchensteuer zu zahlen hat.

In diesen Fällen wird vom kirchensteuerpflichtigen Ehegatten ein besonderes Kirchgeld erhoben. Beiträge, die der nicht kirchensteuerpflichtige Ehegatte als Mitglied einer sonstigen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft (z. B. Freikirche) entrichtet hat, werden auf das besondere Kirchgeld angerechnet.

Bei getrennt veranlagten Ehegatten wird kein besonderes Kirchgeld erhoben. Das besondere Kirchgeld ist – wie die Kirchensteuer – unbeschränkt als Sonderausgabe abzugsfähig. Bitte erkundigen Sie sich bei Ihren Kirchen, inwieweit sie von der Möglichkeit der Kirchgelderhebung Gebrauch gemacht haben.



## Steuerberatungskosten

Zu den Steuerberatungskosten, die Sie absetzen können, gehören auch Aufwendungen für die Anschaffung von Steuerfachliteratur. Auch Beiträge zu einem Lohnsteuer-Hilfverein berücksichtigt das Finanzamt.

## Spenden

Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke, zu denen auch kulturelle Zwecke gehören, können Sie bis zur Höhe von insgesamt 5 Prozent des Gesamtbetrages Ihrer Einkünfte als Sonderausgaben absetzen. Der Abzug erhöht sich bei Ausgaben für wissenschaftliche, mildtätige und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke um weitere 5 Prozent. Ausgaben in diesem Sinne sind Spenden und ggf. auch Mitgliedsbeiträge. Sog. Großspenden (das sind Einzelzuwendungen von mindestens 25 565 Euro) zur Förderung wissenschaftlicher, mildtätiger oder kultureller Zwecke können unter bestimmten Voraussetzungen im Wege des Spendenrück- und -vortrags auf mehrere Jahre verteilt abgezogen werden. Darüber hinaus werden Zuwendungen an Stiftungen, insbesondere bei Neugründung, zusätzlich steuerlich gefördert.

Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien im Sinne von § 2 des Parteiengesetzes werden zunächst in Höhe von 50 Prozent der geleisteten Zahlungen als Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt, jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 767 Euro bei allein Stehenden und von 1 534 Euro bei Verheirateten. Das bedeutet, dass der allein Stehende, der 1 534 Euro zu Gunsten einer Partei aufwendet, in den Genuss einer Steuerersparnis von 767 Euro kommt; Verheiratete, die 3 068 Euro leisten, erreichen eine Steuerminderung von 1 534 Euro.

Spenden und Beiträge an politische Parteien, die über 1 534 Euro bzw. 3 068 Euro hinausgehen, werden als Sonderausgaben bis zur Höhe von weiteren 1 534 Euro (bei Verheirateten bis zu 3 068 Euro) abgezogen.

Mitgliedsbeiträge und Spenden an sogenannte unabhängige Wählervereinigungen werden ebenfalls in Höhe von 50 Prozent der Ausgaben –



höchstens aber bis zu 767 Euro/1 534 Euro (Alleinstehende/Verheiratete) – durch Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt. Ein hierüber hinausgehender Ansatz im Rahmen der Sonderausgaben kommt für Spenden und Beiträge an Wählervereinigungen nicht in Betracht.

Für den Spendenabzug ist die Vorlage einer förmlichen (nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck ausgestellten) Zuwendungsbestätigung erforderlich. Bei Zuwendungen bis zur Höhe von 100 Euro (bei Mitgliedsbeiträgen an politische Parteien auch darüber hinaus) genügt ein vereinfachter Nachweis (Bareinzahlungsbeleg oder Buchungsbestätigung eines Kreditinstituts).

## Berufsausbildung

Wenn Sie Aufwendungen für Ihre eigene Berufsausbildung oder die Berufsausbildung Ihres Ehegatten haben, können Sie diese bis zu einem Höchstbetrag von 920 Euro jährlich absetzen. Dieser Höchstbetrag erhöht sich auf 1 227 Euro, wenn Sie oder Ihr Ehegatte wegen der Berufsausbildung auswärts untergebracht waren. Die Ausbildungskosten werden auch dann anerkannt, wenn sie für die Weiterbildung in einem nicht ausgeübten Beruf anfallen. Aufwendungen für Hobbykurse sind aber steuerlich nicht abziehbar.

Zu den Ausbildungs- bzw. Weiterbildungskosten gehören neben Lehrgangs- und Studiengebühren die Aufwendungen für Fachbücher und anderes Lernmaterial, Fahrtkosten sowie Unterkunftskosten (für die ersten zwei Jahre) und Verpflegungsmehraufwendungen (für die ersten drei Monate) bei einer auswärtigen Unterbringung.

## Schulgeld

Besucht ein Kind, für das Sie einen Kinderfreibetrag oder Kindergeld erhalten, im Inland eine staatlich genehmigte oder nach Landesrecht erlaubte Ersatzschule oder eine nach Landesrecht anerkannte allgemein bildende Ergänzungsschule, sind 30 Prozent des Entgelts (ohne Beherbergung, Betreuung und Verpflegung) als Sonderausgaben abziehbar.



# AUßERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN

Ausgaben, die durch besondere Umstände zwangsläufig entstehen, wie z. B. wegen Krankheit, Kur oder Todesfall, können als außergewöhnliche Belastungen steuerlich geltend gemacht werden. Die Aufwendungen sind jedoch zuvor um die zumutbare Belastung (vgl. Seite 14) zu kürzen, die von der Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte, dem Familienstand und der Anzahl der Kinder abhängig ist. Der Prozentsatz der zumutbaren Belastung sinkt mit der Zahl der Kinder, für die der Steuerpflichtige Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhält.

## Pauschbetrag für Behinderte

Wenn Sie behindert sind, wird Ihre Stadt- oder Gemeindeverwaltung in der Regel diese Steuerermäßigung bereits auf der Lohnsteuerkarte eingetragen haben; gegebenenfalls kann sie aber noch bei der Einkommensteuer-Veranlagung berücksichtigt werden. Der Pauschbetrag für Behinderte ist nach dem Grad der Behinderung gestaffelt. Er beträgt bei einem Behinderungsgrad

von 25 und 30	310 €	von 65 und 70	890 €
von 35 und 40	430 €	von 75 und 80	1 060 €
von 45 und 50	570 €	von 85 und 90	1 230 €
von 55 und 60	720 €	von 95 und 100	1 420 €.

Für Blinde (Merkzeichen „Bl“) und für dauernd pflegebedürftige Behinderte (= hilflose Person, Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis bzw. Einstufung in Pflegestufe III nach dem SGB XI, dem Bundessozialhilfegesetz oder diesen entsprechenden gesetzlichen Vorschriften) beträgt der jährliche Pauschbetrag 3 700 Euro.

Beträgt der Grad der Behinderung weniger als 50, aber mindestens 25, ist eine Steuerermäßigung nur möglich, wenn

- ✗ wegen der Behinderung entweder ein gesetzlicher Anspruch auf Rente oder andere laufende Bezüge besteht oder

- ✗ die Behinderung zu einer dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder
- ✗ die Behinderung auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

Sie können auch einen Pauschbetrag beantragen, wenn die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung bei Ihrem Ehegatten vorliegen. Entsprechendes gilt für Ihre Kinder bzw. Enkelkinder, für die Sie Kindergeld oder einen Kinderfreibetrag und gegebenenfalls einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhalten, sofern diese die Steuerermäßigung nicht selber in Anspruch nehmen. Bei allein stehenden oder nicht miteinander verheirateten Eltern wird der Pauschbetrag für das behinderte Kind grundsätzlich auf beide Elternteile je zur Hälfte aufgeteilt. Auf gemeinsamen Antrag der Eltern ist jedoch eine andere Aufteilung möglich. Falls Sie die Steuerermäßigung erstmals beantragen, fügen Sie bitte den Bescheid des Versorgungsamtes oder entsprechende Nachweise bei.

## Unterstützung bedürftiger Angehöriger

Haben Sie bedürftige Angehörige unterhalten, für die Sie und andere Personen weder Kindergeld noch einen Kinderfreibetrag und gegebenenfalls einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhalten und die Ihnen oder Ihrem Ehegatten gegenüber nach inländischen Maßstäben gesetzlich unterhaltsberechtig sind (z. B. Eltern, Großeltern), so können Sie Ihre nachgewiesenen Aufwendungen für jede unterhaltene Person bis zu 7 188 Euro jährlich geltend machen. Der gesetzlich unterhaltsberechtigten Person gleichgestellt ist eine Person, wenn bei ihr zum Unterhalt bestimmte inländische öffentliche Mittel (z. B. Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe) mit Rücksicht auf Ihre Unterhaltsleistungen gekürzt worden sind.

Auf den Höchstbetrag der Unterhaltsleistungen werden die eigenen Einkünfte und Bezüge der unterhaltenen Person im Unterhaltszeitraum angerechnet, jedoch nur, soweit sie 624 Euro jährlich übersteigen.



Lebt die unterhaltene Person nicht im Inland, so können Aufwendungen nur abgezogen werden, soweit sie nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates der unterhaltenen Person notwendig und angemessen sind. Deshalb erkennt das Finanzamt folgende Beträge an:

Höchstbetrag für Unterhaltsleistungen €	Anrechnungsfreier Betrag €	Land
7 188	624	<b>Ländergruppe 1</b> Australien, Europäische Union, Gibraltar, Island, Israel, Japan, Kanada, Katar, Kuwait, Liechtenstein, Monaco, Neuseeland, Norwegen, San Marino, Schweiz, Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Staaten von Amerika
4 792	416	<b>Ländergruppe 2</b> Argentinien, Bahamas, Bahrain, Barbados, Bermudas, Chile, China (Taiwan), Korea (Republik), Libyen, Malta, Mexiko, Oman, Saudi-Arabien, Singapur, Slowenien, Südafrika, Zypern
2 396	208	<b>Ländergruppe 3</b> alle übrigen Länder

Für jeden vollen Monat, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Steuerermäßigung nicht vorgelegen haben, mindern sich die vorgenannten Jahresbeträge um ein Zwölftel.

## Freibetrag für den Sonderbedarf bei Berufsausbildung

Entstehen einem Steuerpflichtigen Aufwendungen für die Berufsausbildung eines volljährigen auswärtig untergebrachten Kindes, für das er Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhält, so kann er einen Freibetrag in Höhe von 924 Euro geltend machen.

Bei Kindern, die im Ausland leben und deshalb im Inland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, vermindert sich der vorstehende Freibetrag je nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaats gegebenenfalls um ein Drit-

tel auf 616 Euro bzw. um zwei Drittel auf 308 Euro. Der maßgebliche Freibetrag mindert sich außerdem um ein Zwölftel für jeden Monat, in dem die Voraussetzungen für die Steuervergünstigung nicht vorgelegen haben.

Die tatsächliche Höhe der entstandenen Kosten muss nicht besonders nachgewiesen werden. Allerdings sind eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes vom Freibetrag für den Sonderbedarf bei Berufsausbildung abziehen, soweit sie mehr als 1 848 Euro im Kalenderjahr betragen.

Ausbildungshilfen aus öffentlichen Mitteln (z. B. Berufsbeihilfen oder Ausbildungsgelder nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, Stipendien oder bezogene Zuschüsse von Förderungseinrichtungen, die für diese Zuwendungen öffentliche Mittel erhalten) sind in voller Höhe auf den Freibetrag anzurechnen. Bei allein stehenden oder bei nicht miteinander verheirateten Eltern wird der Freibetrag jedem Elternteil, dem Aufwendungen für die Berufsausbildung des Kindes entstehen, zur Hälfte zuerkannt. Auf gemeinsamen Antrag der Eltern ist allerdings eine andere Aufteilung möglich.

## Hilfe im Haushalt/Heimunterbringung

Die durch die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt entstandenen Aufwendungen sind bis zu 924 Euro im Kalenderjahr abziehbar, wenn Sie, Ihr Ehegatte, eines Ihrer Kinder oder sonst jemand, der zum Haushalt gehört und unterhalten wird, schwer behindert (Behinderungsgrad von mindestens 50) oder hilflos ist. Wird die Hilfe im Haushalt wegen Krankheit einer dieser Personen beschäftigt oder weil Sie oder Ihr Ehegatte das 60. Lebensjahr vollendet haben, sind die Aufwendungen bis zu 624 Euro abziehbar.

Wenn Sie oder Ihr Ehegatte in einem Heim zur dauernden Pflege untergebracht sind und die Aufwendungen für die Unterbringung Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, können die Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 924 Euro abgezogen werden. Sind Sie oder Ihr Ehegatte in einem Heim (z. B. Altenheim oder Altenwohnheim) untergebracht, ohne pflegebedürftig zu sein, sind die vergleichbaren Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 624 Euro abziehbar.



Die Höchstbeträge für die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt oder wegen Heimunterbringung können von einem Steuerpflichtigen und seinem Ehegatten insgesamt nur einmal abgezogen werden. Etwas anderes gilt, wenn wegen der Pflegebedürftigkeit eines der beiden Ehegatten eine gemeinsame Haushaltsführung nicht möglich ist.

## **Pflege-Pauschbetrag**

Wenn Sie eine nicht nur vorübergehend hilflose Person (Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis bzw. Einstufung in Pflegestufe III nach dem SGB XI, dem Bundessozialhilfegesetz oder diesen entsprechenden gesetzlichen Vorschriften) im Inland in Ihrem Haushalt oder im Haushalt der pflegebedürftigen Person selbst pflegen, können Sie anstelle Ihrer tatsächlichen Aufwendungen einen Pflege-Pauschbetrag von 924 Euro geltend machen. Der Pflege-Pauschbetrag wird nicht um die „zumutbare Belastung“ (siehe nächsten Absatz) gekürzt; er wird auch in voller Höhe gewährt, wenn die hilflose Person nur während eines Teils des Kalenderjahrs gepflegt worden ist. Bei Pflege durch mehrere Personen im Kalenderjahr wird der Pflege-Pauschbetrag aber auf die Zahl der anspruchsberechtigten Pflegepersonen aufgeteilt.

## **ANDERE AUßERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN**

### **Zumutbare Belastung**

Eine Steuerermäßigung für andere außergewöhnliche Belastungen kommt nur dann in Betracht, wenn die Aufwendungen einen bestimmten Teil des Einkommens – die „zumutbare Belastung“ – übersteigen. Die zumutbare Belastung ist nach der Anzahl der Kinder, dem Familienstand und der Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte gestaffelt und beträgt 1 bis 7 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte. Die folgenden Aufwendungen führen im Allgemeinen zu einer außergewöhnlichen Belastung:

## Beerdigungskosten

für Angehörige, soweit die Kosten nicht durch den Nachlass oder etwaige Versicherungsleistungen gedeckt sind.

## Ehescheidungskosten

Dazu gehören sämtliche Kosten der Ehescheidung einschließlich Gebühren für die Scheidungsfolgeregelungen. Das sind insbesondere Gerichts- und Anwaltskosten, die durch die Regelung der elterlichen Sorge über ein gemeinsames Kind und des persönlichen Verkehrs des nicht sorgeberechtigten Elternteils, durch die Entscheidung über die Unterhaltspflicht gegenüber Kindern und dem Ehegatten, durch die Regelung des Versorgungsausgleichs, der güterrechtlichen Verhältnisse sowie der Rechtsverhältnisse an der Ehewohnung und am Hausrat entstehen. Keine außergewöhnlichen Belastungen sind Leistungen, die bei der Auseinandersetzung des Vermögens an den früheren Ehegatten erbracht werden, insbesondere im Rahmen des Zugewinn- und Versorgungsausgleichs.

## Kinderbetreuungskosten

Aufwendungen für Dienstleistungen zur Betreuung eines zu Ihrem Haushalt gehörenden leiblichen Kindes, Adoptivkindes oder Pflegekindes, welches das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen einer vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten, gelten als außergewöhnliche Belastung. Voraussetzung ist bei einem allein lebenden Elternteil, dass die Aufwendungen wegen Erwerbstätigkeit, Ausbildung, körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung oder wegen Krankheit des Arbeitnehmers erwachsen. Bei zusammen lebenden Eltern müssen die vorgenannten Voraussetzungen bei beiden Elternteilen vorliegen. Die Krankheit muss grundsätzlich innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von mindestens drei Monaten bestanden haben.



Anerkannt werden können z. B. Aufwendungen für:

- die Unterbringung von Kindern in Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderhorten, Kinderheimen und Kinderkrippen sowie bei Tagesmüttern, Wochenmüttern und in Ganztagspflegestellen,
- die Beschäftigung von Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen und Kinder-schwestern,
- die Beschäftigung von Hilfen im Haushalt, soweit sie Kinder betreuen,
- die Beaufsichtigung von Kindern bei der Erledigung der häuslichen Schulaufgaben.

Nicht anerkannt werden Aufwendungen für Unterricht, für die Vermittlung besonderer Fähigkeiten sowie für sportliche und andere Freizeitbetätigungen.

Für jedes in Betracht kommende Kind können die nachgewiesenen oder glaubhaft gemachten Aufwendungen ohne Anrechnung einer zumutbaren Belastung bis zu einem Höchstbetrag von 1 500 Euro als außergewöhnliche Belastung abgezogen werden, soweit sie 1 548 Euro übersteigen. Der Grenz- bzw. Höchstbetrag gilt für Kinder zusammen lebender Eltern und für ein Kind eines allein lebenden Elternteils, das bei diesem Elternteil auf der Lohnsteuervkarte mit der Kinderfreibetragszahl 1 zu berücksichtigen ist oder für das der allein lebende Elternteil den gesamten Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung erhält. In allen anderen Fällen sind je Kind nur die 774 Euro übersteigenden Aufwendungen bis zum Höchstbetrag von 750 Euro abziehbar.

Liegt der Betreuung ein Arbeitsverhältnis zugrunde, haben Sie die lohnsteuerlichen Arbeitgeberpflichten zu erfüllen.

Bei zu betreuenden Kindern, die im Ausland leben und deshalb im Inland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, vermindern sich die vorstehenden Sockelbeträge (774/1 548 Euro) und Höchstbeträge (750/1 500 Euro) je nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates gegebenenfalls um ein Drittel (auf 516/1 032 Euro und 500/1 000 Euro) bzw. um zwei Drittel (auf 258/516 Euro und 250/500 Euro). Die maßgeblichen Beträge mindern sich außerdem um ein Zwölftel für jeden Monat, in dem die geschilderten Voraussetzungen nicht vorgelegen haben.



## Krankheitskosten

soweit sie nicht (z. B. von der Krankenkasse) erstattet worden sind und auch in der Zukunft nicht erstattet werden.

## Kurkosten

wenn die Notwendigkeit der Kur durch Vorlage eines vor Kurbeginn ausgestellten amtsärztlichen Attestes oder einer ärztlichen Bescheinigung eines Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung nachgewiesen ist. Von dem Erfordernis eines vor Kurantritt ausgestellten amtsärztlichen Attestes kann ausnahmsweise abgesehen werden, wenn feststeht, dass eine gesetzliche Krankenkasse im Rahmen der Bewilligung von Zuschüssen für Unterkunft und Verpflegung die Notwendigkeitsprüfung vorgenommen und positiv beschieden hat.

Der Zuschuss einer Krankenversicherung zu Arzt-, Arznei- und Kurmittelkosten ersetzt den Nachweis der Kurbedürftigkeit jedoch nicht. Auch die Bescheinigung eines Hausarztes reicht für den Nachweis der Notwendigkeit einer Kur nicht aus.

## Wiederbeschaffung von Hausrat

Aufwendungen für die Beschaffung von Hausrat und/oder Kleidung sind regelmäßig steuerlich nicht abziehbar. Sind diese Gegenstände jedoch durch ein unabwendbares Ereignis (z. B. Brand, Hochwasser, Unwetter) verloren gegangen, so können die Aufwendungen für ihre Wiederbeschaffung als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden, allerdings unter Abzug der hierfür erhaltenen Ersatzleistungen (z. B. aus öffentlichen Mitteln, Versicherungen) und der „zumutbaren Belastung“ (vgl. Seite 14).





## Steuertipps für Arbeitnehmer

Haben Sie schon eine Erstattung von Lohnsteuer für 2002 beantragt? Wenn nein, sollen die „Steuertipps“ Sie anregen zu prüfen, ob es sich nicht auch für Sie lohnt. Sie finden hier Antworten auf die Frage, was für das Kalenderjahr 2002 zu einer Steuerermäßigung führen kann.

Beachten Sie bitte, dass die folgenden Seiten bis einschließlich Seite 28 den Rechtsstand des Kalenderjahres 2002 wiedergeben.

Bei jedem Finanzamt, aber auch in vielen Betrieben erhalten Sie die erforderlichen Vordrucke. Dazu erhalten Sie eine Anleitung, die Ihnen im Einzelnen zeigt, wie Sie Ihren Antrag ausfüllen können.



Diese „Ausfüll-Anleitung“ enthält zudem weitere wichtige Informationen für Ihre Einkommensteuererklärung. Soweit dann noch Fragen offen bleiben, wird Ihnen auch Ihr Finanzamt weiterhelfen.

**Übrigens:** Ihre Einkommensteuererklärung für 2002 können Sie vom 2. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2004 beantragen.

Die Abgabe der Einkommensteuererklärung kann sich insbesondere lohnen,

- ✗ wenn Sie nicht ununterbrochen in einem Dienstverhältnis gestanden haben;
- ✗ wenn die Höhe Ihres Arbeitslohns im Laufe des Jahres geschwankt hat und von Ihrem Arbeitgeber ein Lohnsteuer-Jahresausgleich noch nicht durchgeführt worden ist;
- ✗ wenn sich Ihre Steuerklasse oder die Zahl Ihrer Kinder im Laufe des Jahres zu Ihren Gunsten geändert hat und dies noch nicht bei einem Lohnsteuer-Jahresausgleich durch Ihren Arbeitgeber berücksichtigt worden ist;
- ✗ wenn Sie Anspruch auf einen Betreuungsfreibetrag für ein Kind haben;
- ✗ wenn Ihnen Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen entstanden sind, für die kein Freibetrag auf Ihrer Lohnsteuerkarte eingetragen worden ist.

Zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung sind Sie unter anderem verpflichtet,

- ✗ wenn Sie Einkünfte, von denen keine Lohnsteuer einbehalten worden ist, von mehr als 410 Euro bezogen haben;



- ✗ wenn auf Ihrer Lohnsteuerkarte ein Freibetrag – ausgenommen der Pauschbeträge für Behinderte oder Hinterbliebene und Kinderfreibeträge – eingetragen worden ist;
- ✗ wenn für den Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung (so genannte 325-Euro-Regelung) vom Finanzamt eine Freistellungsbescheinigung ausgestellt worden ist und die Summe Ihrer anderen Einkünfte positiv ist;
- ✗ wenn Sie bestimmte Lohnersatzleistungen (z. B. Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Insolvenzgeld) von mehr als 410 Euro bezogen haben;
- ✗ wenn Sie und Ihr Ehegatte Arbeitslohn bezogen haben und einer von Ihnen für das Kalenderjahr oder einen Teil des Kalenderjahres nach den Steuerklassen V oder VI besteuert worden ist;
- ✗ wenn Sie von der Finanzbehörde zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung aufgefordert werden.

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung 2002 endet am 31. Mai 2003. Sie kann auf Antrag vom Finanzamt verlängert werden.

## WERBUNGSKOSTEN

Damit Sie Ihren Lohn oder Ihr Gehalt verdienen, müssen Sie nicht nur Ihre Arbeitskraft einsetzen, sondern es entstehen Ihnen dabei regelmäßig auch Ausgaben, die Ihnen nicht vom Arbeitgeber ersetzt werden,

- ✗ z. B. für die Fahrt zwischen Ihrer Wohnung und Ihrer Arbeitsstätte;
- ✗ z. B. für Ihre Arbeitsmittel wie Werkzeuge, typische Berufskleidung und Fachliteratur;
- ✗ z. B. für einen Fortbildungskurs, den Sie ebenso wie Fachliteratur brauchen, um in Ihrem Beruf auf dem Laufenden zu bleiben.

Derartige Aufwendungen bezeichnet das Lohn- und Einkommensteuerrecht als „Werbungskosten“. Weil sie dem Erwerb, der Sicherung oder auch der Erhaltung Ihrer Einnahmen dienen, dürfen Sie diese Werbungskosten bei Ihrer Steuerberechnung von Ihrem Lohn oder Gehalt absetzen. Das Finanzamt zieht von sich aus für Werbungskosten einen Arbeitneh-

mer-Pauschbetrag von 1 044 Euro jährlich ab, gleichgültig, ob Sie Aufwendungen in dieser Höhe gehabt haben oder nicht. Liegen Ihre Werbungskosten unter 1 044 Euro jährlich, können Sie es sich deshalb sparen, Ihre Aufwendungen im Einzelnen anzugeben. Liegen Ihre Ausgaben über dem Pauschbetrag von 1 044 Euro jährlich, können Sie sie in entsprechender Höhe geltend machen. Dazu müssen Sie jedoch sämtliche Aufwendungen im Einzelnen angeben und belegen.

## Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte

Für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erkennt das Finanzamt ab 2001 eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale von 0,36 Euro für die ersten zehn und 0,40 Euro ab dem elften Kilometer an. Verkehrsmittelunabhängig bedeutet, dass auch Arbeitnehmer, die z. B. zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, diese Pauschale in dieser Höhe geltend machen können. Die insgesamt zu berücksichtigende Entfernungspauschale ist auf einen jährlichen Höchstbetrag von 5 112 Euro beschränkt. Fahren Sie jedoch mit Ihrem eigenen oder einem Ihnen zur Nutzung überlassenen Pkw, kann auch ein höherer Betrag angesetzt werden. Maßgeblich ist die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; dies ist unabhängig von dem Verkehrsmittel, das Sie benutzen (also z. B. auch bei Benutzung der Bahn). Eine weitere Strecke kann aber anerkannt werden, wenn sie offensichtlich verkehrsgünstiger ist und auch von Ihnen regelmäßig benutzt wird. Eine Strecke ist verkehrsgünstiger, wenn die Arbeitsstätte in der Regel schneller und pünktlicher erreicht wird.

Sie können die Aufwendungen für eine Fahrt zur Arbeitsstätte grundsätzlich nur einmal je Arbeitstag geltend machen. Soweit Sie bisher eine weitere Fahrt arbeitstäglich abziehen konnten (z. B. bei einem zusätzlichen Arbeitseinsatz außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit oder bei einer Unterbrechung von mehr als 4 Stunden) ist dies ab 2001 nicht mehr möglich.

Günstigere Regelungen gelten unter Umständen für Arbeitnehmer, die an ständig wechselnden Einsatzstellen tätig waren, sowie für bestimmte be-



hinderte Arbeitnehmer. Hierzu erfahren Sie Näheres in der Anleitung zur Einkommensteuererklärung und bei Ihrem Finanzamt.

Jedes Mitglied einer Fahrgemeinschaft kann die Entfernungspauschale geltend machen – auch an den Tagen, an denen es mitgenommen wird. Bei Fahrgemeinschaften, deren Teilnehmer ihren Pkw abwechselnd einsetzen, können Sie die Entfernungspauschale für die Tage der Höhe nach unbegrenzt geltend machen, an denen Sie Ihren Pkw benutzt haben. Für die Tage, an denen Sie mitgenommen werden, ist der Höchstbetrag von jährlich 5 112 Euro zu beachten. Erforderliche Umwegstrecken sind nicht mehr zu berücksichtigen.

Aufwendungen, die Ihnen anlässlich eines Unfalls mit Ihrem Fahrzeug auf dem Weg zur Arbeit oder auf der Heimfahrt zur Wohnung entstanden sind und nicht von der Versicherung oder einem beteiligten Dritten ersetzt werden, können neben den vorgenannten Kilometerbeträgen abgezogen werden.

Ersatzleistungen, die Ihr Arbeitgeber pauschal versteuert oder steuerfrei nach § 3 Nr. 34 EStG gezahlt hat, mindern die abziehbaren Werbungskosten.

## Beiträge für Berufsverbände

Gehören Sie einem Berufsverband (Gewerkschaft, Fachverband oder Beamtenorganisation) an, können Sie die Mitgliedsbeiträge absetzen.

## Arbeitsmittel

Zu den Arbeitsmitteln, die Sie – soweit sie nicht vom Arbeitgeber gestellt worden sind – absetzen können, zählen die selber beschafften, für die Ausübung ihrer Berufsarbeit benötigten Werkzeuge, Fachbücher, Fachzeitschriften usw. (vgl. auch „Arbeitszimmer“).

## Arbeitszimmer

Ein häusliches Arbeitszimmer wird steuerlich anerkannt, wenn feststeht, dass das Zimmer so gut wie ausschließlich beruflich genutzt wird. Der Abzug der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer ist jedoch seit 1996 eingeschränkt worden. Die Aufwendungen können nur noch dann unbegrenzt als Werbungskosten abgezogen werden, wenn das häusliche Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten beruflichen und betrieblichen Betätigung des Arbeitnehmers bildet, z. B. bei einem Heimarbeiter.

Ein auf 1 250 Euro jährlich begrenzter Werbungskostenabzug kommt in Betracht, wenn die berufliche Nutzung des Arbeitszimmers mehr als 50 Prozent der gesamten beruflichen und betrieblichen Tätigkeit beansprucht oder der Arbeitgeber den für die berufliche Tätigkeit erforderlichen Arbeitsplatz nicht zur Verfügung stellt. Der Abzugshöchstbetrag von 1 250 Euro umfasst nicht nur die Zimmerkosten (z. B. anteilige Miete, Heizungskosten, Reinigungskosten), sondern auch die Kosten der Ausstattung (z. B. Tapeten, Teppiche, Fenstervorhänge, Gardinen und Lampen). Arbeitsmittel (z. B. nahezu ausschließlich beruflich genutzte Schreibtische und Bücherschränke) können jedoch neben dem vorgenannten Betrag berücksichtigt werden. Betragen die Anschaffungskosten allerdings mehr als 410 Euro, müssen Sie diese auf die Jahre der üblichen Nutzungsdauer verteilen.

## Berufskleidung

Haben Sie bei der Arbeit typische Berufskleidung getragen, z. B. einen Arbeitsanzug für Schmutzberufe („Blaumann“) oder einen Büro- oder Laborkittel, können Sie die Anschaffungskosten sowie die Kosten für die Reinigung geltend machen. Ihren Aufwand für übliche Straßenbekleidung können Sie dagegen nicht absetzen, auch wenn sie ausschließlich bei der Arbeit getragen wird.



## Berufliche Fortbildung

Haben Sie einen Lehrgang, einen Kursus, Tagungen und Vortragsveranstaltungen besucht, um sich in dem von Ihnen ausgeübten Beruf fortzubilden, können Sie sämtliche Kosten (Lehrgangsgebühren, Fahrtkosten, Schreibmaterial usw.) absetzen. Abziehbar sind auch die Kosten, die durch eine Meisterprüfung entstehen.

## Bewerbungskosten

Wenn Sie 2002 eine Arbeitsstelle gesucht haben, können Sie dadurch entstandene Kosten geltend machen. Zum Beispiel: Fahrgelder bei Vorstellungen, Fotokopien, Inseratskosten usw. Es kommt nicht darauf an, ob Ihre Bewerbung Erfolg hatte. Sofern sich die Aufwendungen steuerlich nicht auswirken, etwa weil Sie ganzjährig arbeitslos waren, können Sie die Ausgaben unter Umständen in dem Vor- bzw. in Folgejahren als Verlustrück- bzw. -vortrag geltend machen. Hierzu erfahren Sie Näheres auf den Seiten 31 bis 33 sowie bei Ihrem Finanzamt.

## Umzugskosten

Mussten Sie aus beruflichen Gründen umziehen, können Sie die Kosten absetzen. Ein beruflicher Grund wird z. B. anerkannt, wenn der Arbeitgeber den Umzug fordert (Bezug oder Räumung einer Dienstwohnung), sich die Fahrt zur Arbeit erheblich verkürzt (Fahrzeiterparnis der täglichen Hin- und Rückfahrt mindestens eine Stunde) oder Sie eine Zweitwohnung bei einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung bezogen oder innerhalb der Zweijahresfrist aufgegeben haben und dies der Grund für Ihren Umzug war. Ihre Umzugskosten sind grundsätzlich bis zu einem Betrag abziehbar, den ein vergleichbarer Beamter als Umzugskostenvergütung erhalten würde.



# Doppelte Haushaltsführung

Wenn Sie außerhalb des Ortes beschäftigt sind, an dem Sie einen eigenen Haushalt unterhalten, und am Beschäftigungsort eine Unterkunft oder Wohnung benutzt haben, können Sie die hierdurch entstandenen Mehraufwendungen für Fahrt, Unterkunft am Beschäftigungsort und Verpflegung absetzen. Voraussetzung ist, dass Sie den „doppelten Haushalt“ aus beruflichem Anlass begründet haben.

Bei doppelter Haushaltsführung im Inland erkennt das Finanzamt im Allgemeinen folgende Beträge an:

Fahrtkosten		Unternehmenskosten am Arbeitsort (bis zu 2 Jahren)	Verpflegungsmehraufwendungen (bis zu 3 Monaten)
erste Hinfahrt, letzte Rückfahrt (sofern innerhalb der Zweijahresfrist)	Zwischenheimfahrten (bis zu 2 Jahren)		
tatsächliche Kosten, bei Pkw statt Einzelnachweis 0,30 € je gefahrenen Kilometer	1 x wöchentlich tatsächliche Kosten, bei Pkw höchstens die Entfernungspauschale (s. S. 21)	in nachgewiesener Höhe	<ul style="list-style-type: none"><li>– bei einer Abwesenheit von 24 Stunden: 24 €;</li><li>– bei einer Abwesenheit von mindestens 14 Stunden: 12 €;</li><li>– bei einer Abwesenheit von mindestens 8 Stunden: 6 €.</li></ul>

Die steuerliche Berücksichtigung von Verpflegungsmehraufwendungen anlässlich einer aus beruflichem Anlass begründeten doppelten Haushaltsführung ist – wie bei einer Dienstreise – auf einen Zeitraum von drei Monaten und auf die o. a. Pauschbeträge beschränkt worden. Die Berücksichtigung von Unterkunftskosten und Heimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung ist auf die ersten zwei Jahre einer Beschäftigung am selben Ort begrenzt worden. Aufwendungen für Heimfahrten können jedoch nach Ablauf der Zweijahresfrist als Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte anerkannt werden; entsprechendes gilt für die letzte Fahrt anlässlich der Beendigung der doppelten Haushaltsführung nach Ablauf der Zweijahresfrist.



Wenn Sie keinen eigenen Hausstand haben, weil Sie z. B. bei Ihren Eltern wohnen, können Sie ebenfalls die nachgewiesenen Kosten der Unterkunft, z. B. anhand der Mietquittung, geltend machen und die genannten Pauschalen für Verpflegung in Anspruch nehmen. Ab dem 4. Monat kommt eine Berücksichtigung der Unterkunftskosten und der Heimfahrten im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung jedoch nur in Betracht, wenn es sich um eine auswärtige Unterbringung von verhältnismäßig kurzer Dauer handelt (z. B. Abordnung, Lehrgang, Probezeit) oder Sie sich in einem Ausbildungsdienstverhältnis befinden oder Sie längerfristig oder auf Dauer an einem Ort beschäftigt werden und umzugsbereit sind, eine angemessene Wohnung am Beschäftigungsort jedoch noch nicht finden konnten. Die Aufwendungen können aber auch in diesen Fällen maximal für einen Zeitraum von zwei Jahren als Werbungskosten abgezogen werden. Der Abzug von Verpflegungsmehraufwendungen ist auch in diesen Fällen auf die ersten drei Monate beschränkt.

**Übrigens:** Ersatzleistungen, die Ihnen Ihr Arbeitgeber steuerfrei gezahlt hat, müssen Sie von Ihren Aufwendungen abziehen.

## Wechselnde Einsatzstellen und Fahrtätigkeit

Arbeitnehmer, die nur an ständig wechselnden Einsatzstellen tätig sind (Einsatzwechseltätigkeit, z. B. bei Bauarbeitern), können die hierdurch entstandenen Mehraufwendungen an Verpflegung geltend machen. Entsprechendes gilt für Arbeitnehmer mit Fahrtätigkeit (z. B. Berufskraftfahrer), die am Betriebssitz keine regelmäßige Arbeitsstätte haben. Die Verpflegungsmehraufwendungen können allerdings nur mit folgenden Pauschbeträgen berücksichtigt werden:

bei einer Abwesenheit von 24 Stunden:	24 Euro;
bei einer Abwesenheit von mindestens 14 Stunden:	12 Euro;
bei einer Abwesenheit von mindestens 8 Stunden:	6 Euro.

Maßgebend ist dabei allein die Dauer der Abwesenheit von der Wohnung am jeweiligen Kalendertag.

## Reisekosten bei Dienstreisen

Zu den abziehbaren Reisekosten gehören alle Kosten, die mit einer Dienstreise unmittelbar zusammenhängen. Das sind Fahrtkosten einschließlich Parkgebühren, Mehraufwendungen für Verpflegung, Übernachtungskosten und Nebenkosten wie z. B. Telefon-, Telefaxkosten und Porti. Bis auf zwei Ausnahmen müssen Sie die Aufwendungen im Einzelnen nachweisen.

1. Bei Benutzung eines eigenen Fahrzeuges können Sie anstelle der tatsächlichen Kosten einen Pauschsatz für den gefahrenen Kilometer geltend machen, und zwar für  
Personenkraftwagen ..... 30 Cent  
Motorrad/Motorroller ..... 13 Cent  
Moped/Mofa ..... 8 Cent  
Fahrrad ..... 5 Cent.  
Unfallkosten, die nicht von der Versicherung oder einem beteiligten Dritten ersetzt werden, können Sie neben dem Pauschsatz abziehen.
2. Verpflegungsmehraufwendungen für einen Zeitraum von drei Monaten sind wie bei einer doppelten Haushaltsführung ansetzbar.

Auch für Reisekosten gilt, dass sie nur insoweit als Werbungskosten anerkannt werden, als sie nicht vom Arbeitgeber erstattet werden. Zahlt Ihnen der Arbeitgeber weniger als die Pauschbeträge, können Sie den Unterschiedsbetrag ansetzen.

## Altersentlastungsbetrag

Bei Arbeitnehmern, die vor dem 2. Januar 1938 geboren sind, berücksichtigt das Finanzamt zusätzlich einen Altersentlastungsbetrag, sofern der Arbeitnehmer Einkünfte bezieht, die nicht Renten oder Versorgungsbezüge sind. Der Altersentlastungsbetrag beträgt 40 Prozent des Arbeitslohns und gegebenenfalls der positiven Summe der anderen Einkünfte (mit Ausnahme der Renten und Versorgungsbezüge). Er ist auf 1 908 Euro jährlich begrenzt.



## Arbeitnehmer-Sparzulage

Für zulagebegünstigte vermögenswirksame Leistungen wird nach Ablauf des Kalenderjahrs eine Arbeitnehmer-Sparzulage festgesetzt. Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird regelmäßig erst nach Ablauf der Sperrfrist des Anlagevertrags ausgezahlt.

Der Antrag auf Festsetzung der Sparzulage ist grundsätzlich zusammen mit der Einkommensteuer-Erklärung zu stellen (Erläuterungen hierzu finden Sie auch in der Anleitung zur Einkommensteuererklärung). Fügen Sie bitte die Bescheinigung vermögenswirksamer Leistungen (Anlage VL) des Anlage-Instituts/Empfängers bei.





## Steuertipps für Arbeitsuchende

Die hohe Arbeitslosigkeit ist eines der bedrückendsten Probleme unserer Zeit. Selbst in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs wird es in unserer Industriegesellschaft absehbar eine Vielzahl erwerbsloser Menschen geben. Dieses Kapitel soll Arbeitsuchenden aufzeigen, wie ihre Aufwendungen bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz auch in Zeiten der Erwerbslosigkeit steuerlich berücksichtigt werden können.

## Werbungskosten entstehen auch bei Arbeitslosigkeit

Arbeitnehmer können Aufwendungen, die in sachlichem Zusammenhang mit ihrem gegenwärtigen Arbeitsverhältnis stehen, Steuer mindernd als Werbungskosten geltend machen. Als Steuer mindernd anerkannt werden aber auch die Aufwendungen, die mit einem künftigen Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen. Das heißt, auch bei der Arbeitssuche fallen Werbungskosten an. Hierzu zählen zum Beispiel Fahrtkosten und Spesen bei Vorstellungsterminen, Kosten für Fotokopien oder Inserate. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Bewerbung erfolgreich ist.

Steuerlich anerkannt werden auch Aufwendungen für die berufliche Fortbildung in dem früher ausgeübten Beruf. Wer als Arbeitsloser Lehrgänge und Vorträge besucht, um seine Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern, kann Kursgebühren, Fahrtkosten oder Büromaterial steuerlich geltend machen.

## Verluste können auch in anderen Kalenderjahren berücksichtigt werden

Werbungskosten können grundsätzlich auch dann berücksichtigt werden, wenn jemand wegen Arbeitslosigkeit und mangels anderer eigener Einkünfte (zum Beispiel aus Vermietung und Verpachtung) oder anderer Einkünfte des mit ihm zusammenveranlagten Ehegatten in dem Kalenderjahr, in dem die Kosten anfallen, nicht zur Steuer herangezogen wird. Die Aufwendungen können in solchen Fällen in einem anderen Kalenderjahr berücksichtigt werden, in dem Arbeitslohn bezogen wurde oder andere Einkünfte vorhanden sind, mit denen die Aufwendungen verrechnet werden können.

Die Voraussetzung für die steuerliche Berücksichtigung in einem anderen Kalenderjahr regelt § 10d des Einkommensteuergesetzes (EStG). Demnach können Ausgaben, die wegen fehlender Einnahmen nicht im gleichen Jahr verrechnet werden können, als Verlust in das vorangegangene



Jahr zurückgetragen werden (Verlustrücktrag) oder in den Folgejahren geltend gemacht werden (Verlustvortrag). Der Steuerpflichtige kann wählen, in welchem Jahr oder in welchen Jahren er die Verluste verrechnen möchte.

Martin Meier ist seit Mitte des Jahres 2000 arbeitslos. Auch im Jahre 2001 hat er trotz intensiver Bemühungen keine Arbeitsstelle finden können. Außer seinem Arbeitslosengeld hatte der ledige Martin Meier im Jahre 2000 keine weiteren Einnahmen. 2001 gab er 2 500 Euro für Bewerbungen und Fortbildung aus. Ab 1. Januar 2002 hat er wieder einen festen Arbeitsplatz.

Martin Meier kann wählen, ob er den steuerlichen Verlust des Jahres 2001 in das Jahr 2000 zurücktragen oder auf seiner Lohnsteuerkarte 2002 einen vom Arbeitslohn abzuziehenden Freibetrag in Höhe von 2 500 Euro vom Finanzamt eintragen lassen möchte (§ 39 a Abs. 1 Nr. 5 a EStG). Letzteres dürfte für Martin Meier günstiger sein, da er im Jahr 2002 das ganze Jahr in einem Arbeitsverhältnis steht und damit seine Steuerbelastung für dieses Jahr höher sein wird als im Jahr 2000. Bei Berücksichtigung des Verlustes im Jahr 2002 kann er demzufolge auch mit einer höheren Steuerentlastung rechnen. Schließlich kann Martin Meier den Verlust von 2 500 Euro auch noch bei seiner Einkommensteuer-Veranlagung 2002 geltend machen.

## Auch bei Arbeitslosigkeit Steuererklärung abgeben

### Wichtig ist:

Das Finanzamt sollte möglichst bald von der Existenz eines durch Arbeitslosigkeit entstandenen steuerlichen Verlustes erfahren. Hierzu ist es erforderlich, dass der erwerbslose Arbeitnehmer eine Steuererklärung auch für das Jahr abgibt, in dem die Steuer mindernd zu berücksichti-



gende Aufwendungen angefallen sind. Die Verluste, die noch nicht mit Einkünften verrechnet wurden bzw. verrechnet werden konnten, werden vom Finanzamt in einem gesonderten Bescheid festgestellt (§ 10 d Abs. 4 EStG).

Sollten zur Ausübung des Wahlrechts beim Verlustabzug oder über die Feststellung des Verlustabzugs noch Fragen bestehen, helfen Ihnen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des örtlichen Finanzamts weiter.

## Arbeitslosenunterstützung kann Steuersatz beeinflussen

Es ist noch darauf hinzuweisen, dass der Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe zwar steuerfrei ist, die im Leistungsnachweis oder im Zwischenbescheid ausgewiesenen Leistungen des Arbeitsamtes jedoch bei der Ermittlung des Steuersatzes berücksichtigt werden (Progressionsvorbehalt); das heißt, sie beeinflussen die Höhe der Steuer, die auf die übrigen steuerpflichtigen Einkünfte zu entrichten ist. Das gleiche gilt für Lohnersatzleistungen wie Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Eingliederungsgeld.



## Steuertipps für Schüler und Studenten

Viele Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten arbeiten in den Ferien oder auch neben Schule und Studium als Aushilfen und Teilzeitkräfte.

Mit einem neuen Job stellen sich oft auch neue Fragen: Wann bin ich selbstständig oder nichtselbstständig tätig; brauche ich eine Lohnsteuerkarte; muss ich Steuern zahlen; kann ich später Steuern vom Finanzamt zurückbekommen; kann ich Ausgaben steuerlich geltend machen; bin ich sozialversicherungspflichtig?

Die nachfolgenden Erläuterungen sollen in kurzer, übersichtlicher Form helfen, solche Fragen zu klären und den Einstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern.



## Selbstständig oder nichtselbstständig?

Aushilfskräfte stehen meistens in einem Arbeitsverhältnis, d.h. für die Dauer ihrer Tätigkeit sind sie in einen Betrieb eingeordnet und weisungsgebunden und erzielen als Arbeitnehmer Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit (Arbeitslohn).

Von diesem Arbeitslohn hat der Arbeitgeber Lohnsteuer, den Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls Kirchensteuer und – soweit Sozialversicherungspflicht besteht – Sozialversicherungsbeiträge (Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einzubehalten und an das Finanzamt und die jeweiligen Krankenkassen abzuführen. Zunehmend werden Schülern und Studenten Arbeiten und Aufträge im Rahmen einer selbstständigen oder gewerblichen Tätigkeit angeboten.

Die Entscheidung, ob eine Tätigkeit steuerrechtlich selbstständig oder nichtselbstständig ausgeübt wird, richtet sich jedoch nicht allein nach der Einstufung der Vertragsparteien. Entscheidend für eine Abgrenzung sind die Vertragsgestaltung und das Gesamtbild der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit. Für eine selbstständige oder gewerbliche Tätigkeit spricht, dass der Auftragnehmer bei Gestaltung und Erledigung der Arbeiten oder des Auftrags vom Auftraggeber weitgehend freie Hand hat. Es muss der Arbeitserfolg und nicht die Arbeitskraft geschuldet werden, also das Unternehmerrisiko beim Auftragnehmer liegen. Im Zweifel kann beim Finanzamt des Auftraggebers eine so genannte Anrufungsauskunft eingeholt werden.

Wird eine Tätigkeit gewerblich oder selbstständig ausgeübt, ist zwar keine Lohnsteuer abzuführen, der Schüler oder Student wird jedoch einkommen- und umsatzsteuerpflichtig. Der Schüler oder Student ist verpflichtet, nach Ablauf des Kalenderjahres bei seinem Finanzamt eine Einkommensteuererklärung abzugeben, wenn seine Einkünfte z.B. im Jahr 2002 mehr als 7271 Euro betragen oder wenn er von der Finanzbehörde zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung aufgefordert wird. Umsatzsteuer fällt nicht an, wenn die Umsätze (Einnahmen) im Vorjahr den Be-



trag von 16 620 Euro nicht überstiegen haben und im laufenden Kalenderjahr voraussichtlich 50 000 Euro nicht übersteigen werden (so genannte Kleinunternehmerregelung). Der so genannte Kleinunternehmer darf jedoch Umsatzsteuer auf seinen Rechnungen nicht gesondert ausweisen.

## Steuerfreistellung möglich?

Der Arbeitslohn aus einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis (325-Euro-Arbeitsverhältnis) ist bei Schülern oder Studenten steuerfrei, wenn der Arbeitgeber für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum einen pauschalen Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung in Höhe von 12 Prozent des Arbeitslohns zu entrichten hat und die Summe der anderen Einkünfte des Schülers oder Studenten nicht positiv ist. Zu den anderen Einkünften gehören insbesondere der Arbeitslohn aus einem weiteren Beschäftigungsverhältnis (nach Abzug der Werbungskosten), Zinseinnahmen (so weit sie den Werbungskostenpauschbetrag und den Sparer-Freibetrag übersteigen) sowie Einkünfte aus Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit und Vermietung und Verpachtung.

Es kommt nicht darauf an, ob auf die weiteren Einkünfte tatsächlich Steuern zu entrichten sind oder ob sie den steuerlichen Grundfreibetrag nicht übersteigen. Steuerfreie Einnahmen (zum Beispiel BAFöG-Zuschüsse, Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld und Wohngeld) stehen der Steuerfreistellung des Arbeitslohns aus einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis nicht entgegen. Einkünfte des Ehegatten werden für die Frage der Steuerfreistellung ebenfalls nicht berücksichtigt. Der Arbeitgeber darf den Arbeitslohn aus einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis nur dann steuerfrei auszahlen, wenn er für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum einen pauschalen Beitrag zur Rentenversicherung in

Höhe von 12 Prozent des Arbeitslohns zu entrichten und der Schüler oder Student ihm eine Freistellungsbescheinigung des Finanzamts vorgelegt hat. Der hierfür benötigte Vordruck ist bei den Finanzämtern kostenlos erhältlich; er kann auch aus dem Internet abgerufen werden.

Kommt eine Steuerfreistellung – zum Beispiel wegen Bestehens eines weiteren Arbeitsverhältnisses – nicht in Betracht, ist grundsätzlich die Vorlage einer Lohnsteuerkarte erforderlich. Der Arbeitslohn kann aber auch vom Arbeitgeber bis zu bestimmten Beträgen pauschal versteuert werden (vergleiche hierzu die folgenden Abschnitte).

## Lohnsteuerkarte erforderlich?

Schüler und Studenten, die in einem Arbeitsverhältnis stehen und bei denen eine Steuerfreistellung des Arbeitslohns (vergleiche hierzu den vorhergehenden Abschnitt) nicht in Betracht kommt, haben zu Beginn der Tätigkeit dem Arbeitgeber grundsätzlich eine Lohnsteuerkarte vorzulegen. Die Lohnsteuerkarte wird von der Wohnortgemeinde ausgestellt. Auf dieser Lohnsteuerkarte werden unter anderem das Geburtsdatum, die Religionszugehörigkeit sowie gegebenenfalls die Zahl der Kinderfreibeträge von der Gemeinde eingetragen. Besonders zu beachten ist die Steuerklasse: Für Ledige wird die Steuerklasse „eins“ eingetragen. Der Eintrag „zwei“ steht für ledige oder geschiedene Arbeitnehmer, die mindestens ein zu ihrem Haushalt gehörendes Kind haben. Da nur ein Elternteil die Steuerklasse zwei erhält, wird das Kind gegebenenfalls einem Elternteil „zugeordnet“.

Verheiratete Arbeitnehmer können die Steuerklassenkombinationen „drei“/„fünf“ oder „vier“/„vier“ wählen. Die Steuerklasse „sechs“ ist bei Arbeitnehmern anzuwenden, die nebeneinander von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn beziehen, oder wenn keine Lohnsteuerkarte vorgelegt wird. Bitte überprüfen Sie diese Eintragungen, bevor Sie die Karte Ihrem Arbeitgeber aushändigen.



Die abzuführende Lohnsteuer bemisst sich nach dem bezogenen Arbeitslohn und den Besteuerungsmerkmalen auf der Lohnsteuerkarte. Die Lohnsteuer für den laufenden Arbeitslohn ist für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum aus der Lohnsteuertabelle (Monats-, Wochen- oder Tageslohnsteuertabelle) abzulesen. In diesen Lohnsteuertabellen sind bereits eine Reihe von Frei- und Pauschbeträgen (zum Beispiel der Grundfreibetrag, der Arbeitnehmer-Pauschbetrag für Werbungskosten, die Vorsorgepauschale für Versicherungsbeiträge und der Sonderausgaben-Pauschbetrag sowie bei Steuerklasse zwei der Haushaltsfreibetrag) eingearbeitet, so dass sie bei der Steuerberechnung des Arbeitslohns automatisch berücksichtigt werden.

Nach Beendigung des Dienstverhältnisses oder am Ende des Kalenderjahres bescheinigt der Arbeitgeber auf der Lohnsteuerkarte unter anderem die Höhe des Arbeitslohns sowie die einbehaltenen Steuerabzugsbeiträge (Lohn- und Kirchensteuer sowie den Solidaritätszuschlag).

## Lohnsteuerpauschalierung?

In bestimmten Fällen kann bei Aushilfskräften und Teilzeitbeschäftigten die Lohnsteuer statt nach den Merkmalen der Lohnsteuerkarte ohne Vorlage einer Lohnsteuerkarte nach festen Pauschsteuersätzen erhoben werden, und zwar

- ✗ wenn der Arbeitslohn monatlich 325 Euro nicht übersteigt, mit einem Steuersatz von 20 Prozent,
- ✗ wenn der Arbeitnehmer kurzfristig (nicht mehr als 18 zusammenhängende Arbeitstage) beschäftigt wird und der Arbeitslohn 62 Euro pro Arbeitstag nicht übersteigt oder die Beschäftigung zu einem unvorhersehbaren Zeitpunkt sofort erforderlich wird, mit einem Steuersatz von 25 Prozent.

Bei Aushilfskräften in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die ausschließlich typisch land- und forstwirtschaftliche Tätigkeiten ausüben und keine Fachkräfte sind, kann unter bestimmten weiteren Voraussetzungen die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 5 Prozent erhoben werden.

In allen Pauschalierungsfällen darf der Stundenlohn nicht mehr als 12 Euro betragen. Zusätzlich zur pauschalierten Lohnsteuer ist ein Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent der pauschalierten Lohnsteuer abzuführen. Gegebenenfalls müssen daneben noch 7 bzw. 9 Prozent pauschalierte Kirchensteuer auf den Lohnsteuerbetrag entrichtet werden.

Sonderzuwendungen, die als Entlohnung für das ganze Jahr gelten, müssen für die Feststellung, ob die Pauschalierungsgrenzen eingehalten sind, auf die gesamte Beschäftigungszeit gleichmäßig verteilt werden.

Aushilfskräfte können eine Pauschalierung der Lohnsteuer auch für mehrere gleichzeitig nebeneinander ausgeübte Tätigkeiten – jedoch nicht beim selben Arbeitgeber – in Anspruch nehmen.

## Lohnsteuerkarte oder Pauschalierung?

Eine Pauschalierung der Lohnsteuer ist bei Schülern und Studenten meist nur dann sinnvoll, wenn überhaupt eine Jahressteuer anfällt. Bei einem ledigen Arbeitnehmer (Steuerklasse I) ohne andere steuerpflichtige Einkünfte oder steuerfreie Leistungen, wie zum Beispiel BAFÖG-Zuschüsse, wird z. B. in 2002 eine Jahreslohnsteuer erst ab einem Bruttoarbeitslohn von 10 367 Euro erhoben. Das heißt, bis zu diesem Betrag wird einbehaltene Lohnsteuer durch einen Antrag auf Einkommensteuerveranlagung grundsätzlich in vollem Umfang vom Finanzamt erstattet.

Christa Clever hilft an den Wochenenden im Café „Törtchen“ hinter der Kuchentheke aus. Im Monat ist sie 42 Stunden im Café tätig. Bei einem Stundenlohn von 6 Euro/Std. erhält sie 252 Euro „auf die Hand“. Bei einer Pauschalierung der Lohnsteuer fallen 20 Prozent Lohnsteuer = 50,40 Euro und darauf 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag = 2,77 Euro sowie eventuell 7 bzw. 9 Prozent Kirchenlohnsteuer = 3,53 bzw. 4,54 Euro an. Sofern Christa Clever keine anderen steuerlich relevanten Einkünfte hat, kommt ggf. eine Steuerfreistellung des Arbeitslohns aus diesem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis in Betracht.



Bei einer Pauschalierung der Lohnsteuer schuldet der Arbeitgeber die Lohnsteuer. Der Arbeitgeber kann jedoch im Innenverhältnis arbeitsvertraglich vereinbaren, dass der Arbeitnehmer den Lohn abzüglich der Pauschalsteuern erhält. Auf die Höhe der pauschalen Lohnsteuer hat diese „Abwälzung“ jedoch keinen Einfluss.

Der pauschal besteuerte Arbeitslohn bleibt bei einer Einkommensteueranmeldung außer Ansatz. Die pauschale Lohnsteuer kann auf eine anderweitig begründete Jahressteuerschuld nicht angerechnet werden.

Hat ein Schüler oder Student mehrere Arbeitsverhältnisse und legt er in allen Arbeitsverhältnissen eine Lohnsteuerkarte vor, kann er sich z. B. in 2002 bei einem Bruttoarbeitslohn bis zu 10 367 Euro im ersten Arbeitsverhältnis (= Steuerklasse I) auf der Lohnsteuerkarte für das zweite Arbeitsverhältnis (Steuerklasse VI) einen Freibetrag eintragen lassen. Dies führt zu einer geringeren Steuerbelastung und einem höheren Nettoarbeitslohn. Auf der Lohnsteuerkarte für das erste Arbeitsverhältnis (= Steuerklasse I) wird jedoch in entsprechender Höhe ein Hinzurechnungsbetrag eingetragen, der gegebenenfalls dort zu einem höheren Lohnsteuerabzug führen kann. Nähere Auskünfte hierzu erteilt das Finanzamt. Dort erhalten Sie auch die für die Eintragung benötigten Vordrucke.

## Erstattung durch das Finanzamt?

Lohnsteuer, die bei Vorlage einer Lohnsteuerkarte zu viel einbehalten wurde, kann nach Ablauf des Kalenderjahres im Rahmen einer Einkommensteueranmeldung vom Finanzamt erstattet werden. Ein Antrag auf Durchführung kann jeweils bis zum Ablauf des übernächsten Kalenderjahres, für 2001 also bis zum 31. Dezember 2003 und für 2002 bis zum 31. Dezember 2004, beim Wohnsitzfinanzamt gestellt werden. Vordrucke und ein Anleitungsheft zum Ausfüllen sind bei jedem Finanzamt kostenlos erhältlich.



Wolfgang Wurm war in den Semesterferien 2002 zwei Monate in der städtischen Bibliothek als Aushilfe beschäftigt. Sein Arbeitslohn betrug monatlich 1 000 Euro brutto. Für den ledigen Wolfgang hielt der Arbeitgeber nach Steuerklasse I der Monatstabelle Lohnsteuer in Höhe von 23,50 Euro monatlich ein.

Bei ganzjähriger Beschäftigung entsprächen die so einbehaltenen Steuerbeträge den zutreffenden Jahresbeträgen. Wird die Tätigkeit jedoch nur zwei Monate ausgeübt, ergibt sich in der nachträglichen Betrachtung eine Jahreslohnsteuer von 0 Euro. Gleichwohl muss der Arbeitgeber die Beträge zunächst an das Finanzamt abführen. Wolfgang Wurm werden die zu viel gezahlten Beträge (47 Euro Lohnsteuer) auf Antrag im Wege einer Einkommensteuerveranlagung nach Ablauf des Jahres vom Finanzamt erstattet.

Im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung können den Einnahmen auch Aufwendungen gegengerechnet werden. Zum Beispiel Aufwendungen für Berufskleidung oder für Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

Für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erkennt das Finanzamt ab 2001 eine verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale von 0,36 Euro für die ersten zehn und 0,40 Euro ab dem elften Kilometer an. Verkehrsmittelunabhängig bedeutet, dass auch Arbeitnehmer, die z. B. zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, diese Pauschale in dieser Höhe geltend machen können. Die insgesamt zu berücksichtigende Entfernungspauschale ist auf einen jährlichen Höchstbetrag von 5 112 Euro beschränkt. Fahren Sie jedoch mit Ihrem eigenen oder einem Ihnen zur Nutzung überlassenen Pkw, kann auch ein höherer Betrag angesetzt werden. Maßgeblich ist die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; dies ist unabhängig von dem Verkehrsmittel, das Sie benutzen (also z. B. auch bei Benutzung der Bahn). Eine weitere Strecke kann aber anerkannt werden, wenn sie offensichtlich verkehrsgünstiger ist und auch von Ihnen regelmäßig benutzt wird. Eine Strecke ist verkehrsgünstiger, wenn die Arbeitsstätte in der Regel schneller und pünktlicher erreicht wird.



Sie können die Aufwendungen für eine Fahrt zur Arbeitsstätte grundsätzlich nur einmal je Arbeitstag geltend machen. Soweit Sie bisher eine weitere Fahrt arbeitstäglich abziehen konnten (zum Beispiel bei einem zusätzlichen Arbeitseinsatz außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit oder bei einer Unterbrechung von mehr als 4 Stunden) ist dies ab 2001 nicht mehr möglich.

Derartige Aufwendungen bezeichnet das Lohn- und Einkommensteuerrecht als „Werbungskosten“. Weil sie dem Erwerb, der Sicherung oder auch der Erhaltung der Einnahmen dienen, dürfen diese Werbungskosten bei der Steuerberechnung vom Lohn oder Gehalt abgesetzt werden. Das Finanzamt zieht von sich aus für Werbungskosten einen Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1 044 Euro jährlich ab, gleichgültig, ob Aufwendungen in dieser Höhe angefallen sind oder nicht. Liegen Ihre Werbungskosten unter 1 044 Euro jährlich, können Sie deshalb darauf verzichten, Ihre Aufwendungen im Einzelnen anzugeben. Liegen Ihre Ausgaben über dem Pauschbetrag von 1 044 Euro jährlich, können Sie sie in entsprechender Höhe geltend machen. Dazu müssen Sie jedoch sämtliche Aufwendungen im Einzelnen angeben und belegen.

Ferner können Vorsorgeaufwendungen (zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge, Beiträge zu einer freiwilligen Kranken-, Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung), Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung und Spenden im Rahmen bestimmter Höchstbeträge sowie gezahlte Kirchensteuer und Steuerberatungskosten als Sonderausgaben abgesetzt werden. Auch außergewöhnliche Belastungen, das heißt Aufwendungen, die aufgrund besonderer Umstände zwangsläufig anfallen (zum Beispiel Krankheitskosten und Aufwendungen wegen einer Behinderung) können berücksichtigt werden. Näheres dazu findet sich ebenfalls in dem kostenlosen Anleitungsheft zur Einkommensteuererklärung.

Die Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung können bis zu einem Höchstbetrag von 920 Euro jährlich als Sonderausgaben berücksichtigt werden. Der Höchstbetrag erhöht sich auf 1 227 Euro, wenn der Steuerpflichtige wegen der Berufsausbildung auswärtig untergebracht ist. Zu den Ausbildungskosten gehören neben Lehrgangs- und Studiengebühren die Aufwendungen für Fachbücher und anderes Lernmaterial, Fahrtkosten sowie Unterkunftskosten (für die ersten zwei Jahre) und Verpfle-

gungsmehraufwendungen (für die ersten drei Monate) bei einer auswärtigen Unterbringung.

## Wann besteht Sozialversicherungspflicht?

Eine Sozialversicherungspflicht besteht für Schüler und Studenten, die neben Schule oder Studium in bestimmten Grenzen arbeiten, grundsätzlich nicht. Beschäftigungen von Schülern und Studenten, die nicht länger als zwei Monate oder 50 Arbeitstage im Jahr ausgeübt werden, sind unabhängig von der Höhe des Verdienstes sozialversicherungsfrei als so genannte kurzfristige Beschäftigungen oder Saisonbeschäftigungen. Für diese Beschäftigungen bleibt es beim bisherigen Recht; auch der Arbeitgeber hat in diesem Fall keine pauschalen Sozialversicherungsbeiträge abzuführen.

Sozialversicherungsfrei ist auch eine länger andauernde Aushilfsarbeit während der Schulzeit oder des Studiums, wenn die Beschäftigung weniger als 15 Stunden in der Woche ausgeübt wird und der Arbeitslohn 325 Euro im Monat nicht übersteigt (so genannte geringfügig entlohnte Beschäftigung). Für Schüler oder Studenten in diesen geringfügig entlohnnten Beschäftigungen muss der Arbeitgeber seit 1. April 1999 jedoch pauschale Sozialversicherungsbeiträge abführen, und zwar 12 Prozent vom Arbeitsentgelt an die gesetzliche Rentenversicherung und grundsätzlich 10 Prozent an die gesetzliche Krankenversicherung (wenn als Mitglied oder Familienangehöriger in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert). Für privat krankenversicherte Schüler oder Studenten wird damit nur der Pauschalbeitrag zur Rentenversicherung, nicht zur Krankenversicherung fällig.

Die Entgeltgrenze für diese geringfügig entlohnnten Beschäftigungen wird auch für die Zukunft auf 325 Euro monatlich festgeschrieben und steigt nicht mehr jedes Jahr an. Mehrere Beschäftigungsverhältnisse dieser Art sind allerdings zusammenzurechnen.



Darüber hinaus bleiben Studenten in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei (zu den Besonderheiten in der gesetzlichen Rentenversicherung siehe folgenden Absatz), wenn sie während ihres Studiums gegen Entgelt beschäftigt sind. Entscheidend ist hierbei, dass der erwerbstätige Student seinem Erscheinungsbild nach Student bleibt. Das ist dann der Fall, wenn Zeit und Arbeitskraft überwiegend vom Studium in Anspruch genommen werden. In der Regel wird dies angenommen, wenn ein Student wöchentlich nicht mehr als 20 Stunden neben seinem Studium erwerbstätig ist.

Ist die Arbeit den Erfordernissen des Studiums angepasst und untergeordnet, kann Versicherungsfreiheit auch noch bei einer Wochenarbeitszeit von mehr als 20 Stunden bestehen, zum Beispiel Beschäftigung am Wochenende, in den Abend- oder Nachtstunden. Zum Nachweis für den Versicherungsträger hat der Arbeitgeber eine Immatrikulationsbescheinigung zu den Lohnunterlagen zu legen. Bei bestehender Sozialversicherungspflicht haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Beiträge jeweils zur Hälfte zu tragen.

Die Vorschrift des § 5 Abs. 3 SGB VI über die Rentenversicherungsfreiheit von Personen, die während der Dauer ihres Studiums als ordentliche Studierende an einer Fachschule oder Hochschule gegen Arbeitsentgelt beschäftigt oder selbstständig tätig sind, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1996 aufgehoben worden. Hieraus folgt, dass Studenten, die nach dem 30. September 1996 eine Beschäftigung aufnehmen, die nicht kurzfristig oder geringfügig entlohnt ist, der Rentenversicherungspflicht unterliegen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Beschäftigung neben dem Studium oder in der vorlesungsfreien Zeit ausgeübt wird.

Ungewöhnlich wird die Folge, wenn ein Student zwei verschiedene geringfügige Beschäftigungen ausübt. Durch die vorgeschriebene Zusammenrechnung entfällt bei Überschreitung der Grenzwerte das Merkmal „Geringfügigkeit“. Solange das Studium dabei im Vordergrund steht, bleibt der Student in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sozialabgabenfrei. In der Rentenversicherung tritt hingegen Versicherungspflicht ein; die Beiträge tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte.



## Steuertipps für Eltern

Das Existenzminimum eines Kindes einschließlich des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs wird entweder durch das Kindergeld oder die Summe aus Kinderfreibetrag und Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf garantiert. Daneben gibt es zahlreiche weitere Steuervergünstigungen, wie den Freibetrag für den Sonderbedarf bei Berufsausbildung, den Haushaltsfreibetrag oder die Kinderzulage im Rahmen der Eigenheimzulage.

Die folgenden Seiten geben Ihnen Hinweise, von welchen Steuererleichterungen Sie und Ihre Familie profitieren können.



## Welche Kinder werden für die Gewährung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags und des Betreuungsfreibetrags berücksichtigt?

Die vorgenannten Steuervergünstigungen für Kinder werden gewährt für

- ✗ leibliche Kinder und Adoptivkinder sowie
- ✗ Pflegekinder.

Ein Pflegekind hat nur, wer wie die leiblichen Eltern einem Kind in seinem Haushalt ein Zuhause gewährt. Dazu gehört, dass es von seinen Pflegeeltern auf Dauer wie ein leibliches Kind betreut wird und dass die Pflegeeltern einen nicht unwesentlichen Teil zum Unterhalt des Kindes beitragen. Weitere Voraussetzung für die Anerkennung eines Pflegekindschaftsverhältnisses ist, dass das Kind aus dem natürlichen Obhuts- und Pflegeverhältnis zu seinen leiblichen Eltern ausgeschieden ist. Ein Kind, das wegen des Erwerbs im Haushalt aufgenommen wird und das bei Wegfall von Unterhaltszahlungen nicht mehr betreut würde (so genanntes Kostkind), ist kein Pflegekind.

Besteht bei einem adoptierten Kind das Kindschaftsverhältnis zu den leiblichen Eltern weiter, so ist das Kind nur als Adoptivkind zu berücksichtigen. Ist ein leibliches Kind oder ein Adoptivkind zugleich ein Pflegekind, so ist das Kind nur als Pflegekind zu berücksichtigen.

Für die Gewährung von Kindergeld werden auch Stief- und Enkelkinder berücksichtigt. Hinsichtlich des Kinderfreibetrags und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf ist insoweit eine Übertragung möglich (s. Seite 48 ff.).

## Kindergeld

Das einkommensunabhängige Kindergeld beträgt

- ✗ für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro monatlich;
- ✗ für das vierte und jedes weitere Kind 179 Euro monatlich.



Für die Auszahlung des Kindergeldes ist die Familienkasse beim Arbeitsamt zuständig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erteilen auch weitere Auskünfte zum Kindergeld.

## Kinderfreibetrag

Der Kinderfreibetrag beträgt 3 648 Euro jährlich (304 Euro monatlich) und in bestimmten Fällen 1 824 Euro jährlich (152 Euro monatlich). Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung des Kinderfreibetrags nicht vorliegen, ermäßigt er sich um ein Zwölftel. Bei Kindern, die im Ausland leben und deshalb nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, wird der Kinderfreibetrag nur insoweit abgezogen, als er nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates des Kindes notwendig und angemessen ist. Er vermindert sich deshalb gegebenenfalls um ein Drittel auf 2 432 Euro bzw. 1 216 Euro oder um zwei Drittel auf 1 216 Euro bzw. 608 Euro jährlich (siehe Seite 12).

Bei Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, wird bei der Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer ein Kinderfreibetrag von 3 648 Euro jährlich berücksichtigt, sofern ein steuerliches Kindschaftsverhältnis zu beiden Ehegatten besteht.

Sofern bei zusammen lebenden Ehegatten ein Kindschaftsverhältnis nur zu einem Ehegatten besteht, wird bei der Zusammenveranlagung nur ein Kinderfreibetrag von 1 824 Euro jährlich berücksichtigt. Allerdings wird auch in diesen Fällen ein Kinderfreibetrag von 3 648 Euro jährlich angesetzt, wenn der andere Elternteil verstorben ist oder im Ausland lebte und deshalb nicht unbeschränkt steuerpflichtig war, der Steuerpflichtige das Kind allein angenommen hat oder das Kind nur zu ihm in einem Pflegekindschaftsverhältnis steht; ebenso ist es, wenn der Kinderfreibetrag nach den im Folgenden dargestellten Grundsätzen von dem anderen Elternteil auf einen der Ehegatten übertragen wird.

Etwas anderes gilt für allein stehende Eltern, das heißt für solche, die ledig, verwitwet, geschieden oder die zwar verheiratet sind, aber dauernd getrennt leben. In diesen Fällen erhält jeder Elternteil einen Kinder-



freibetrag von 1 824 Euro jährlich. Aber auch hier wird einem Elternteil der „große“ Kinderfreibetrag von 3 648 Euro jährlich gewährt, wenn der andere Elternteil verstorben ist oder im Ausland war.

Falls beide Elternteile dem Grunde nach Anspruch auf einen Kinderfreibetrag von 1 824 Euro haben, wird der einem Elternteil zustehende Kinderfreibetrag auf Antrag auf den anderen Elternteil übertragen, wenn nur der antragstellende Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem Kind im Wesentlichen nachkommt; in diesem Fall kann der Freibetrag damit dem anderen Elternteil, der seine Unterhaltspflicht verletzt, entzogen werden.

Der Kinderfreibetrag kann – gegebenenfalls zusammen mit dem Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf – auch auf einen Stiefelternteil oder auf Großeltern übertragen werden, wenn sie das Kind in ihren Haushalt aufgenommen haben.

## **Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf**

Durch den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsfreibetrag wird auch der Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf der Eltern für ein Kind steuerlich berücksichtigt. Der Freibetrag für jedes Kind, das das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außer Stande ist, sich selbst finanziell zu unterhalten, beträgt 2 160 Euro jährlich (180 Euro monatlich) und in bestimmten Fällen 1 080 Euro jährlich (90 Euro monatlich). Auf die Höhe der tatsächlich entstehenden Aufwendungen kommt es nicht an.

Für jeden vollen Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf nicht vorliegen, ermäßigt er sich um ein Zwölftel. Bei Kindern, die im Ausland leben und deshalb nicht unbeschränkt steuer-



pflichtig sind, wird der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf nur insoweit abgezogen, als er nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaates des Kindes notwendig und angemessen ist. Er vermindert sich deshalb gegebenenfalls um ein Drittel oder um zwei Drittel (siehe Seite 12).

Bei Ehegatten, die nicht dauernd getrennt leben, wird bei der Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von 2 160 Euro jährlich berücksichtigt, sofern ein steuerliches Kindschaftsverhältnis zu beiden Ehegatten besteht.

Sofern bei zusammen lebenden Ehegatten ein Kindschaftsverhältnis nur zu einem Ehegatten besteht, wird bei der Zusammenveranlagung nur ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von 1 080 Euro jährlich berücksichtigt. Allerdings wird auch in diesen Fällen ein Freibetrag von 2 160 Euro jährlich angesetzt, wenn der andere Elternteil verstorben ist oder im Ausland lebte und deshalb nicht unbeschränkt steuerpflichtig war, der Steuerpflichtige das Kind allein angenommen hat oder das Kind nur zu ihm in einem Pflegekindschaftsverhältnis steht.

Etwas anderes gilt für allein stehende Eltern, das heißt für solche, die ledig, verwitwet, geschieden oder die zwar verheiratet sind, aber dauernd getrennt leben. In diesen Fällen erhält jeder Elternteil einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von 1 080 Euro jährlich. Aber auch hier wird einem Elternteil der Freibetrag von 2 160 Euro jährlich gewährt, wenn der andere Elternteil verstorben ist oder im Ausland war.

Falls beide Elternteile Anspruch auf einen Freibetrag von 1 080 Euro haben, kann der Freibetrag desjenigen Elternteils, in dessen Wohnung das minderjährige Kind nicht gemeldet ist, auf Antrag auf den anderen Elternteil übertragen werden.

Der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf kann – zusammen mit dem Kinderfreibetrag – auch auf einen Stiefelternteil oder auf Großeltern übertragen werden, wenn sie das Kind in ihren Haushalt aufgenommen haben.

## Welche Bedeutung hat das Alter des Kindes für Kindergeld und Kinderfreibetrag?

Die Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Kindern für die Gewährung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrags sind für bestimmte Altersgruppen unterschiedlich geregelt (zur besonderen Altersgrenze für den Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf vgl. den vorhergehenden Abschnitt).

### Bis 18 Jahre

Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag stehen – ohne weitere Voraussetzung – in vollem Umfang ab dem Kalendermonat zu, in dem das Kind geboren wurde, und in jedem folgenden Kalendermonat, zu dessen Beginn es das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

### 18 bis 21 Jahre

Kinder dieser Altersgruppe werden auch dann berücksichtigt, wenn sie arbeitslos sind und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

Hat das Kind den gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst geleistet oder sich an Stelle des gesetzlichen Grundwehrdienstes freiwillig für die Dauer von nicht mehr als drei Jahren zum Wehrdienst verpflichtet oder eine vom gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst befreiende Tätigkeit als Entwicklungshelfer ausgeübt, so verlängert sich der Berücksichtigungszeitraum über das 21. Lebensjahr hinaus für einen der Dauer des Dienstes oder der Tätigkeit entsprechenden Zeitraum, höchstens für die Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienstes. Bei anerkannten Kriegsdienstverweigerern verlängert sich der Zeitraum um die Dauer des inländischen gesetzlichen Zivildienstes. Wurde der gesetzliche Grundwehr- oder Zivildienst in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in Island, Liechtenstein oder Norwegen geleistet, so ist die Dauer dieses Dienstes maßgebend.

Bei eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes kann die Berücksichtigung ausgeschlossen sein (vgl. Seite 53).



## 18 bis 27 Jahre

Hat das Kind das 18., aber noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet, so wird es für die Gewährung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrags berücksichtigt, wenn es

- ✗ für einen Beruf ausgebildet wird (die bei den 18 bis 21 Jahre alten Kindern aufgeführten Verlängerungstatbestände sind über das 27. Lebensjahr hinaus entsprechend anzuwenden) oder
- ✗ sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Monaten befindet, die zwischen zwei Ausbildungsabschnitten oder zwischen einem Ausbildungsabschnitt und der Ableistung des gesetzlichen Wehr- oder Zivildienstes, einer vom Wehr- oder Zivildienst befreienden Tätigkeit als Entwicklungshelfer oder als Dienstleistender im Ausland nach § 14 b des Zivildienstgesetzes oder der Ableistung eines freiwilligen Dienstes (vgl. folgenden Punkt) liegt (die bei den 18 bis 21 Jahre alten Kindern aufgeführten Verlängerungstatbestände sind über das 27. Lebensjahr hinaus entsprechend anzuwenden), oder
- ✗ ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder einen „Europäischen Freiwilligendienst für junge Menschen“ leistet oder
- ✗ eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen kann.

Ein Kind wird in der Zeit nicht berücksichtigt, in der es den gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienst oder einen davon befreienden Dienst leistet und die Berufsausbildung durch die Aufnahme des Dienstes oder der Tätigkeit unterbrochen worden ist. Statt dessen wurde bei arbeitslosen Kindern, Kindern in Berufsausbildung sowie Kindern in der Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten von höchstens vier Monaten Dauer die oben angeführten Verlängerungstatbestände eingeführt. In der Zeit des gesetzlichen Grundwehr- oder Zivildienstes oder eines davon befreienden Dienstes können jedoch gegebenenfalls Unterhaltsleistungen für Kinder steuerlich geltend gemacht werden (vgl. Seite 11 f.).

Bei eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes kann die Berücksichtigung ausgeschlossen sein (vgl. Seite 53).

## Ohne altersmäßige Begrenzung

Ein Kind wird ohne altersmäßige Begrenzung berücksichtigt, wenn es wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung nicht in der Lage ist, sich selbst finanziell zu unterhalten. Die Behinderung muss allerdings vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten sein.

Bei eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes kann die Berücksichtigung ausgeschlossen sein (siehe unten).

## Welche Bedeutung haben eigene Einkünfte und Bezüge des Kindes?

Kinder über 18 Jahre werden für die Gewährung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrags und den davon abhängigen Steuervergünstigungen nicht berücksichtigt, wenn sie eigene Einkünfte (z. B. Bruttoarbeitslohn abzüglich Arbeitnehmer-Pauschbetrag in Höhe von 1 044 Euro oder höhere tatsächliche Werbungskosten) und Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind (z. B. Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz), von mehr als 7 188 Euro im Kalenderjahr 2002 haben. Liegen die Voraussetzungen für das Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag nur in einem Teil des Kalendermonats vor, sind Einkünfte und Bezüge nur insoweit anzusetzen, als sie auf diesen Teil entfallen. Für jeden Kalendermonat, in dem die Voraussetzungen für das Kindergeld bzw. den Kinderfreibetrag an keinem Tag vorliegen, ermäßigt sich das Kindergeld bzw. der Kinderfreibetrag um ein Zwölftel.

Bestimmte Bezüge für besondere Ausbildungszwecke und Einkünfte, die für derartige Zwecke verwendet werden, bleiben dabei außer Ansatz. Bezüge für besondere Ausbildungszwecke sind das Büchergeld bei Begabtenförderung und Leistungen bei einem Auslandsstudium für Studiengebühren, Reisekosten, Auslandskrankenversicherung, Zuschläge zum Wechselkursausgleich sowie Reisekosten bei einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr.



## Geburtsbeihilfen

Von Zuwendungen (Geld oder Sachwerte), die der Arbeitgeber anlässlich der Geburt eines Kindes gewährt, sind 358 Euro steuerfrei. Bei Mehrlingsgeburten wird dieser Freibetrag je Kind gewährt. Sind beide Ehegatten berufstätig und erhält jeder eine Geburtshilfe, steht der Freibetrag von 358 Euro jedem Ehegatten zu, und zwar auch dann, wenn sie bei demselben Arbeitgeber beschäftigt sind.

## Kindergartenplatz

Übernimmt der Arbeitgeber zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn die Kosten für die Unterbringung und Betreuung eines nicht schulpflichtigen Kindes in einem Kindergarten oder einer vergleichbaren Einrichtung, bleibt diese Leistung steuerfrei. Das gleiche gilt, wenn der Arbeitgeber ein nicht schulpflichtiges Kind in einem eigenen Betriebskindergarten betreuen lässt.

## Haushaltsfreibetrag

Allein Stehende, deren Steuer nicht nach dem Ehegattentarif berechnet wird, erhalten einen Haushaltsfreibetrag von 2 340 Euro, wenn sie Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf für mindestens ein Kind erhalten, das in ihrer Wohnung im Inland gemeldet ist – gleichgültig, ob mit Haupt- oder Nebenwohnung.

Ist ein Kind im Laufe des Kalenderjahres bei beiden Elternteilen mit Wohnung im Inland gemeldet, wird es dem Elternteil zugeordnet, bei dem es zu Beginn des Kalenderjahres oder zu einem anderen maßgebenden Stichtag (z.B. Geburt oder Zuzug aus dem Ausland) zuerst gemeldet war; war es gleichzeitig bei beiden Elternteilen gemeldet, wird es regelmäßig der Mutter oder mit deren unwiderruflicher Zustimmung dem Vater zugeordnet. Die Zustimmung kann für mehrere gemeinsame Kin-

der nur einheitlich erteilt werden. Ein Widerruf der Zustimmung ist nur für künftige Kalenderjahre möglich. Ist ein Kind bei keinem der allein stehenden Elternteile mit Wohnung im Inland gemeldet, entfällt der Haushaltsfreibetrag.

Der Haushaltsfreibetrag kann gegebenenfalls auch von einem allein stehenden Großelternteil oder Stiefelternteil in Anspruch genommen werden.

## Außergewöhnliche Belastungen

Ausgaben, die durch besondere Umstände zwangsläufig entstehen, wie z. B. wegen Krankheit, Kur oder Todesfall, können als außergewöhnliche Belastungen steuerlich geltend gemacht werden. Die Aufwendungen sind jedoch zuvor um die zumutbare Belastung (vgl. Seite 14) zu kürzen, die von der Anzahl der Kinder, dem Familienstand und der Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte abhängig ist. Der Prozentsatz der zumutbaren Belastung sinkt mit der Zahl der Kinder, für die der Steuerpflichtige Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhält.

**Kinderbetreuungskosten** ➔ siehe Seite 15 f.

**Hilfe im Haushalt** ➔ siehe Seite 13 f.

**Freibetrag für den Sonderbedarf bei Berufsausbildung** ➔ siehe Seite 12 f.



## Pauschbeträge für behinderte Kinder

Hat ein behindertes Kind Anspruch auf den Behinderten-Pauschbetrag, so kann dieser auf Antrag auf die Eltern übertragen werden, wenn das Kind ihn nicht in Anspruch nimmt (z.B. weil es keine ausreichenden eigenen Einkünfte hat) und der Steuerpflichtige für das Kind Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhält. Bei allein stehenden oder bei nicht miteinander verheirateten Eltern wird der Pauschbetrag für das behinderte Kind wie der Freibetrag für den Sonderbedarf bei Berufsausbildung aufgeteilt.

Wenn die durch die Behinderung verursachten tatsächlichen Aufwendungen – nach Abzug der zumutbaren Belastung – über dem Behinderten-Pauschbetrag liegen, wird der höhere Betrag berücksichtigt. Die Aufwendungen müssen dem Finanzamt insgesamt belegt oder zumindest glaubhaft gemacht werden.

## Pflege-Pauschbeträge für hilflose Kinder

Eltern können wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die ihnen durch die persönliche Pflege eines nicht nur vorübergehend hilflosen Kindes (Merkzeichen „H“ im Behindertenausweis oder Einstufung in Pflegestufe III nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch bzw. entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen) in ihrem Haushalt entstehen, anstelle ihrer tatsächlichen Aufwendungen einen Pflege-Pauschbetrag von 924 Euro beantragen, wenn sie für die Pflege steuerfreie Einnahmen weder aus der gesetzlichen Pflegeversicherung noch aus einer anderen freiwilligen Versicherung erhalten.

Einnahmen in diesem Sinne liegen nicht vor, wenn das Pflegegeld unmittelbar zur Sicherung der erforderlichen Grundpflege sowie zur hauswirtschaftlichen Versorgung des hilflosen Kindes verwendet wird, z.B. um eine andere Pflegeperson zu beschäftigen oder pflegenotwendige/-erleichternde Bedarfsgegenstände zu kaufen. Der Pflege-Pauschbetrag wird nicht um die zumutbare Belastung gekürzt und gegebenenfalls neben dem Behinderten-Pauschbetrag abgezogen.



## Unterhaltsleistungen für Kinder

➔ siehe Seite 11 f.

## Baukindergeld

Bei Eltern, die für ein selbstgenutztes Wohneigentum die Steuerbegünstigung nach § 10e Einkommensteuergesetz in Anspruch nehmen, ermäßigt sich die Einkommensteuer auf Antrag bei nach dem 31. Dezember 1990 hergestellten oder angeschafften Objekten jeweils um 512 Euro für jedes zu berücksichtigende, haushaltszugehörige Kind.

Wirkt sich das Baukindergeld im eigentlichen Abzugsjahr nicht oder nicht in vollem Umfang steuermindernd aus, so ist es in den zwei vorangegangenen Veranlagungszeiträumen zu berücksichtigen. Reicht dies nicht zum vollständigen Abzug aus, kann es bis zum Ende des achtjährigen Begünstigungszeitraums und in den beiden folgenden Veranlagungszeiträumen abgezogen werden.

Die durch das Baukindergeld insgesamt eintretende Steuerermäßigung ist auf die Höhe der für das begünstigte Objekt aufgewandten Herstellungs- oder Anschaffungskosten begrenzt.

## Eigenheimzulage ( bis 31.12.2002 )

Eine der Voraussetzungen für den Anspruch auf Eigenheimzulage ist, dass der Gesamtbetrag der Einkünfte des Erstjahres (1. Jahr, in dem alle Voraussetzungen zur Gewährung der Eigenheimzulage vorliegen) zusammen mit dem Gesamtbetrag der Einkünfte des Vorjahres den Betrag von 81 807 € bei Alleinstehenden und 163 614 € bei Ehegatten nicht übersteigt. Diese Beträge erhöhen sich grundsätzlich um 30 678 € für jedes Kind des Anspruchsberechtigten oder seines Ehegatten, für das ein Anspruch auf Kinderzulage besteht (vgl. hierzu den nachfolgenden Abschnitt).



Die vorgenannten Grenzen gelten, wenn mit der Herstellung des Objekts (= Stellung des Bauantrags) nach dem 31. Dezember 1999 begonnen oder in Anschaffungsfällen der Notarvertrag nach dem 31. Dezember 1999 abgeschlossen wurde. Die neuen Eurobeträge sind erstmals auf nach dem 31.12.2001 fertiggestellte oder angeschaffte Wohnungen und nach diesem Zeitpunkt fertiggestellte Ausbauten oder Erweiterungen anzuwenden.

Bauherren oder Erwerber, die die vorgenannte Grenze erst im Laufe des achtjährigen Förderzeitraums (das heißt in zwei späteren Jahren) einhalten, können die Eigenheimzulage für den restlichen Förderzeitraum beanspruchen.

## Kinderzulage ( bis 31.12.2002 )

Eltern, die die Wohneigentumsförderung in Form der Eigenheimzulage in Anspruch nehmen, erhalten jährlich für jedes haushaltszugehörige Kind, für das sie im jeweiligen Kalenderjahr des Förderzeitraums Kindergeld, einen Kinderfreibetrag oder einen Betreuungsfreibetrag bzw. ab 2002 einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf erhalten, eine Kinderzulage in Höhe von 767 € (bei Erwerb von Genossenschaftsanteilen 256 €) ausgezahlt. Sind mehrere Anspruchsberechtigte Eigentümer einer Wohnung und haben sie zugleich für ein Kind Anspruch auf die Kinderzulage, ist bei jedem die Kinderzulage und die Erhöhung der Einkunftsgrenze nur zur Hälfte zu berücksichtigen. Zudem kann die Kinderzulage im Kalenderjahr nur für eine Wohnung in Anspruch genommen werden, wobei das Baukindergeld (vgl. Seite 57) der Kinderzulage gleicht.

Um eine Überförderung zu vermeiden, darf die Eigenheimzulage insgesamt (= Summe aus Fördergrundbeträgen und Kinderzulagen) die Herstellungs- oder Anschaffungskosten des begünstigten Objekts nicht überschreiten. Bei Ausbauten und Erweiterungen, mit deren Herstellung nach dem 31. Dezember 1996 begonnen wurde, ist die Gesamtförderung auf 50 Prozent der tatsächlichen Herstellungskosten beschränkt.

## Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag

Bei der Berechnung der Kirchensteuer und des Solidaritätszuschlags (regelmäßig 5,5 Prozent der Lohn- bzw. Einkommensteuer) wird die Bemessungsgrundlage in allen Fällen unter Berücksichtigung der jeweils in Betracht kommenden Freibeträge für Kinder (vgl. Seite 48 ff.) ermittelt.

## Wie erhält man die Steuervergünstigung?

Im laufenden Kalenderjahr wird das Kindergeld als Steuervergütung von der zuständigen Familienkasse des Arbeitsamtes ausgezahlt. Wird die verfassungsrechtlich gebotene Freistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des Existenzminimums eines Kindes einschließlich des Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs dadurch nicht erreicht, zieht das Finanzamt im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer einen Kinderfreibetrag und gegebenenfalls einen Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf ab und verrechnet das Kindergeld durch Hinzurechnung zur Einkommensteuer (Vergleichsrechnung; vgl. Seite 62 f.).

Die auf der Lohnsteuerkarte bescheinigte Zahl der Kinderfreibeträge ist nur noch für die Berechnung der Kirchensteuer und des Solidaritätszuschlags von Bedeutung. Bei der Ermittlung der monatlichen Lohnsteuer werden hingegen die Kinderfreibeträge und die Freibeträge für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf nicht berücksichtigt. Die übrigen kindbedingten Steuervergünstigungen werden grundsätzlich bereits beim laufenden Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Voraussetzung ist allerdings, dass auf der Lohnsteuerkarte die Steuerklasse II zur Berücksichtigung des Haushaltsfreibetrags (vgl. Seite 54 f.) richtig bescheinigt sowie aufgrund eines etwaigen Antrags auf Lohnsteuerermäßigung wegen kindbedingter Steuervergünstigungen ein Freibetrag eingetragen worden ist. Andernfalls können die steuerlichen Entlastungen noch bei der Veranlagung zur Einkommensteuer geltend gemacht werden.



## Bescheinigung von Kindern auf der Lohnsteuerkarte

Für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage zur Berechnung der Kirchensteuer und des Solidaritätszuschlags beim Steuerabzug vom laufenden Arbeitslohn und beim Lohnsteuer-Jahresausgleich durch den Arbeitgeber wird auf der Lohnsteuerkarte jeder Kinderfreibetrag von 1 824 Euro mit dem Zähler 0,5 und jeder Kinderfreibetrag von 3 648 Euro mit dem Zähler 1 berücksichtigt. Bei der Ermittlung der monatlichen Lohnsteuer werden die Kinderfreibeträge und die Freibeträge für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf hingegen nicht mehr berücksichtigt.

Für Kinder von Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind (z. B. wenn Elternteile allein stehend sind oder wenn ein Elternteil mit einem Dritten verheiratet ist), wird regelmäßig als Kinderfreibetragszahl 0,5 eingetragen. Abweichend hiervon kann ein Kind auf der Lohnsteuerkarte eines Elternteils nur dann bei der Kinderfreibetragszahl mit dem Zähler 1 ohne besondere Prüfung berücksichtigt werden, wenn der andere Elternteil verstorben oder dessen Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt nicht zu ermitteln oder der Vater des Kindes amtlich nicht feststellbar ist.

Entsprechendes gilt, wenn der andere Elternteil voraussichtlich während des ganzen Kalenderjahres nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist oder ein Kind allein nur von einem Elternteil angenommen wurde. Darüber hinaus darf bei einem Elternteil für ein Kind auf der Lohnsteuerkarte anstelle des Kinderfreibetragszählers 0,5 der Zähler 1 eingetragen werden, wenn der Arbeitnehmer darlegen kann, dass die Voraussetzungen für eine Übertragung (vgl. Seite 48 ff.) erfüllt sind und sich voraussichtlich nicht ändern werden.

Kinder bis 18 Jahre, die zu Beginn des Jahres im Inland leben und deshalb hier unbeschränkt steuerpflichtig sind, werden regelmäßig durch die Gemeinde bei der Ausstellung der Lohnsteuerkarte berücksichtigt. Ist ein Kind beim Arbeitnehmer nicht mit Wohnung gemeldet, muss der Arbeitnehmer der Gemeinde für dieses Kind eine steuerliche Lebensbescheinigung vorlegen, die nicht älter als drei Jahre ist.

Eine solche Bescheinigung stellt auf Antrag eines Elternteils die Gemeinde aus, in der das Kind mit Wohnung gemeldet ist. Dem Antrag sind geeignete Unterlagen beizufügen, aus denen die Verwandtschaft ersten Grades mit dem Kind hervorgeht.

Kinder über 18 Jahre sowie Pflegekinder, Kinder, bei denen ein Pflegekindschaftsverhältnis zu einer dritten Person (möglicherweise) besteht oder Kinder, für die eine erforderliche Lebensbescheinigung nicht vorgelegt werden kann oder bei denen für einen Elternteil der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt nicht zu ermitteln oder deren Vater amtlich nicht feststellbar ist, sowie Kinder, für die der dem anderen Elternteil zustehende Kinderfreibetrag auf den Arbeitnehmer übertragen werden kann (vgl. Seite 48 ff.), werden auf Antrag nur vom Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte berücksichtigt. Für Kinder über 18 Jahre sind die besonderen Antragsvoraussetzungen nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen; die Vorlage einer Lebensbescheinigung ist im Allgemeinen nicht erforderlich.

Unrichtige Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte bezüglich kindbedingter Steuerermäßigungen muss die Gemeinde oder das Finanzamt gegebenenfalls nachträglich ändern.

Sofern ein Kind auf der Lohnsteuerkarte nicht bescheinigt worden ist, steht dies der Geltendmachung des Kindes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht entgegen.

## **Berücksichtigung von Kindern bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer**

Stellt das Finanzamt bei der Durchführung der Einkommensteuerveranlagung fest, dass die Kinderfreibeträge und gegebenenfalls Freibeträge für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf aus verfassungsrechtlichen Gründen zu berücksichtigen sind, werden sie im Rahmen der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens abgezogen und das Kindergeld der Einkommensteuer hinzugerechnet (so genannte Vergleichsrechnung).



Die Eheleute A und B sind Eltern eines zehnjährigen Sohnes und haben für 2002 1 848 Euro Kindergeld erhalten.

Stellt das Finanzamt bei der Durchführung der Einkommensteuer-  
veranlagung 2002 fest, dass der Abzug des Kinderfreibetrags von  
3 648 Euro und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs-  
oder Ausbildungsbedarf von 2 160 Euro aus verfassungs-  
rechtlichen Gründen geboten ist, wird der Kinderfreibetrag und der  
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungs-  
bedarf bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens abge-  
zogen und das Kindergeld in Höhe von 1 848 Euro der Einkommen-  
steuer hinzugerechnet.

Die Eheleute A und B sind Eltern einer neunzehnjährigen Tochter  
und haben für 2002 1 848 Euro Kindergeld erhalten, da sich die  
Tochter in Berufsausbildung befindet.

Stellt das Finanzamt bei der Durchführung der Einkommensteuer-  
veranlagung 2002 fest, dass der Abzug des Kinderfreibetrags von  
3 648 Euro und des Freibetrags für den Betreuungs- und Erziehungs-  
oder Ausbildungsbedarf von 2 160 Euro aus verfassungs-  
rechtlichen Gründen geboten ist, wird der Kinderfreibetrag und der  
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungs-  
bedarf bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens abge-  
zogen und das Kindergeld in Höhe von 1 848 Euro der Einkommen-  
steuer hinzugerechnet.

Die Hinzurechnung des Kindergeldes zur Einkommensteuer ist auch  
dann vorzunehmen, wenn das Kindergeld dem Steuerpflichtigen im Rah-  
men eines zivilrechtlichen Ausgleichs zusteht.

Die geschiedenen Eheleute A und B sind Eltern eines zwanzigjährigen Sohnes, der Betriebswirtschaftslehre studiert. B erhält das Kindergeld in Höhe von 154 Euro monatlich.

Die Hälfte des Kindergeldes mindert die Unterhaltsverpflichtung des A. Wird im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung des A ein Kinderfreibetrag von 1 824 Euro und ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von 1 080 Euro abgezogen, so ist seine Einkommensteuer um 924 Euro Kindergeld zu erhöhen.

Entsprechendes gilt, wenn im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung der Mutter ein Kinderfreibetrag von 1 824 Euro und ein Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von 1 080 Euro abgezogen wird.

